

1. Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die subjektorientierte Arbeitsforschung und die Gesellschaft? Was bedeuten sie sowohl für den Diskurs um die Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit als auch für den Arbeitsbegriff?
2. Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die Politikwissenschaft? Was bedeuten sie für den Begriff des Politischen und die Gesellschaft?
3. Welche Folgen hätte eine mögliche Verzahnung des Politischen mit dem Unternehmerischen für eine Ökonomie und ein Verständnis des Politischen? Ist das Soziale und/oder Ökologische ggf. ökonomischen Verwertungsinteressen ausgesetzt? Oder wird das Unternehmerische politisch(er), sozial(er) und/oder ökologisch(er), letztlich gerecht(er)? Was sind die Konsequenzen für Arbeitssubjekt und Gesellschaft?

6.1 Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Studie untersucht Arbeitshandeln als mögliches politisches Handeln. Im Zentrum stehen die Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien. Im Folgenden wird dargelegt, wie die Studie methodisch angelegt worden ist und nach welchen Kriterien die Daten erhoben und ausgewertet wurden. Im Anschluss daran folgen die Darstellungen der empirischen Ergebnisse und eine entsprechende Diskussion.

6.1.1 Forschungsprogramm, Methoden, Zielsetzung

Untersuchungsgegenstand der Studie sind Labelbetreiber*innen¹ aus den Bereichen Produkt- und Modedesign, die Produkte selbst herstellen. Die zentrale Forschungsfrage lautet, mit welchen Zielen sie das tun: Warum stellen Akteure ökologisch oder fair-sozial her? Verstehen sie ihr Arbeitshandeln ggf. als politisch, was der Diskurs zum Selbermachen den Akteuren an vielen Stellen unterstellt? Die Studie verbindet damit einen arbeitssoziologischen Zugang mit politikwissenschaftlicher Perspektive. Dabei geht es, wie dargelegt, um keine Überprüfung politischer Einstellungen oder die Rekonstruktion politischer Akteurskonstellationen. Genau das ist seit Jahren ein Problem in der Forschung, und das gilt nicht nur bezogen auf den Diskurs um das Selbermachen und die Designtheorie, die das Politische vielfach voraussetzen. Das gilt auch für die politikwissenschaftliche Forschung. Denn trotz argumentativer Wende und einem gestiegenen Interesse an qualitativen interpretativen Methoden werden noch immer mehrheitlich politische Akteure als solche untersucht – indem politische Entscheidungsprozesse rekonstruiert, Experteninterviews und/oder Mediendaten (Tageszeitungen, Programmschriften, Redetexte) analysiert werden (vgl. Blatter et al. 2007: 31). Damit wird das Politische in den Untersuchungen vorausgesetzt oder das

¹ Label meint in dieser Studie nicht immer eine entsprechende Unternehmensform. Es kann sich auch auf Projekte oder Kampagnen innerhalb eines Unternehmens oder von Einzelpersonen beziehen. Auch im Unternehmenskontext sind Labels oft GbRs, die bereits mündlich entstehen. GbRs entstehen immer dann, „wo Menschen gemeinsam wirtschaftlich handeln“ (Dahm/Voß 2017). Hin und wieder sind Labels auch gGmbHs oder werden zu GmbHs, allerdings meist erst dann, wenn mit der Labeltätigkeit ein unternehmerisches wirtschaftliches Interesse verbunden ist, was nicht bei allen Akteuren dieser Studie der Fall war.

„politische Phänomen“ wird in konfigurativ-vergleichenden Methoden als solches untersucht (Blatter et al. 2018: 11). Gefragt wird nicht, ob es sich überhaupt um politische Entscheidungsprozesse handelt. Das herauszufinden, ist das Ziel dieser Studie. Dazu wurde im Forschungsverlauf auf die Methoden der Grounded Theory und teilnehmenden Beobachtung zurückgegriffen, die sowohl in der Soziologie als auch in der Politikwissenschaft Verwendung finden.

Forschungsschritte und Vorgehen

Die Studie gliedert sich empirisch in drei Schritte: Im ersten Schritt sind themenorientierte Leitfadeninterviews mit Selbstständigen, Mehrfachbeschäftigten und solchen Akteuren geführt worden, die neben der Erwerbsarbeit Produkte selbst herstellen. Im Blickpunkt standen dazu Labelbetreiber*innen der Kultur und Kreativwirtschaft aus den Bereichen Mode- und Produktdesign. Dazu wurden im Vorfeld theoretische Annahmen nach dem Prinzip der Offenheit konzipiert (vgl. Flick 1995; Flick et al. 2000; Kelle/Kluge 2010), die im Anschluss in einem rekursiv interpretativen Verfahren fortlaufend überprüft und ggf. modifiziert worden sind (vgl. Glaser/Strauss 2010: 61ff.; Kelle/Kluge 2010: 47ff.). Im Sinne der Grounded Theory orientierte sich die Auswahl des Samples damit am „theoretischen Sampling“ (Glaser/Strauss 2010: 61ff.).² Die darauffolgende Interpretation des Datenmaterials setzte am Vorgehen des theoretischen Kodierens zur Entwicklung von Konzepten an (vgl. Strübing 2014: 15ff.). Demnach wurden Hypothesen nicht einfach empirisch getestet (vgl. Kleemann et al. 2009: 19), um Theorien „zu verifizieren“ (Glaser/Strauss 2010: 46). Thesen wurden generiert, um theoretisches Material zu entwickeln (vgl. Kleemann et al. 2009: 19ff.; siehe auch Blatter et al. 2018: 37f.).

Im zweiten Schritt wurden die Interviews teils mit teilnehmenden Beobachtungen über Beobachtungsprotokolle ergänzt (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 49f.). Dazu sind in regelmäßigen Abständen Messen und Podiumsdiskussionen der Interviewten besucht worden, worüber Handlungsstrategien und -muster im Umgang mit dem Publikum und einer potenziellen oder bereits bestehenden Kundenschaft erkennbar wurden. Darüber konnten wiederum Schlüsse zum Arbeitshandeln in intersubjektiven Beziehungen gezogen werden.³

In einem dritten Schritt wurde das Datenmaterial in Anlehnung an Pierre Bourdieu als „politisches Feld“ konzipiert (vgl. Bourdieu 2001). Ziel war es hier, die einzelnen Feldteilnehmer*innen in Beziehung zueinander zu setzen. Die Konzeption des politischen Feldes basiert nach Bourdieu auf den Überlegungen zum sozialen Feld als Wechselwirkung von Handlung und Praxis. Mit dem politischen Feld ist kein politisches System im

-
- 2 Das Theoretical Sampling zielt zum einen auf „den auf die Generierung von Theorie zielenden Prozess der Datenerhebung“ ab, „währenddessen der Forscher seine Daten parallel erhebt, kodiert und analysiert sowie darüber entscheidet, welche Daten als nächste erhoben werden sollen und wo sie zu finden sind“ (Glaser/Strauss 2010: 61). Zum anderen gilt es einen Fallvergleich nach dem Gesichtspunkt der minimalen und maximalen Kontrastierung zu realisieren (Glaser/Strauss 2010: 70ff.; siehe weiterführend Kelle/Kluge 2010: 47ff.; Strübing 2014: 29ff.; Kleemann et al. 2009: 24ff.; Blatter et al. 2018: 64).
 - 3 Der Teil zu den teilnehmenden Beobachtungen fällt in dieser Studie zweifelsohne knapp aus, weil der Erkenntnisgewinn überschaubar war. Das lag vor allem daran, dass nur ein Teil der Befragten auf Messen, Podiumsdiskussionen etc. begleitet werden konnte.

Sinne Luhmanns gemeint, das *autopoietisch* erzeugt wird. Bourdieu versteht das politische Feld als autonomes Kräftefeld, als ein „Mikrokosmos [...] innerhalb der großen sozialen Welt“ (ebd.: 41), in dem Akteure um ihre Vormachtstellungen ringen – das politische Feld ist „ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse“ (ebd.: 49). Nach Bourdieu wirken im politischen Feld Institutionen und individuelle Akteure. Die unterschiedlichen Kapitalsorten (soziales, ökonomisches, kulturelles Kapital) haben dabei genauso eine beeinflussende Funktion wie der Habitus und die Praxisweisen (vgl. Scheele 2008: 110ff.).⁴ Jedes Feld hat Grenzen, um „die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit“ zum Feld zu bestimmen (Bourdieu 2001: 50). Zugleich ist das politische Feld kein geschlossenes Terrain. So wie sich Gesellschaft verändert, verändern sich die Felder an ihren Grenzen zu den anderen.⁵ Über den Zugang zum politischen Feld ließen sich schließlich subjektivisierte Formen von Arbeit im Spannungsfeld von Arbeit und Politik als Kräfteverhältnisse untersuchen. Zentrale Frage war, ob Produzierende zum politischen Feld gehören, wie sie sich verorten, was sie fordern und in welcher Beziehung sie zu anderen Feldteilnehmer*innen (Parteien, Gewerkschaften, kollektiven oder individuellen Akteure etc.) stehen.

Auswahl des Samples

Das Hauptaugenmerk der Datenerhebung lag auf leitfadengestützten themenzentrierten Interviews mit Einzelpersonen. Die Auswahl des Samples erfolgte nach den Prinzipien des Theoretischen Samplings (vgl. Glaser/Strauss 2010: 61; Kelle/Kluge 2010: 48). Damit konkretisierte sich der Stichprobenplan erst im Forschungsverlauf, da „beim *theoretical sampling* die Fallauswahl parallel zur Analyse des Datenmaterials anhand zentraler Kategorien der sich entwickelnden Theorie“ erfolgt (Kelle/Kluge 2010: 50, H. i. O.). Mithilfe von ersten sogenannten Pretests kam es so anfänglich immer wieder zur Überprüfung des Leitfadens, was zu notwendigen Korrekturen führte. Neben dem Interview-Leitfaden wurden zudem Hypothesen, sogenannte Ad-Hoc-Hypothesen, entwickelt, die im Forschungsverlauf stets weiterentwickelt wurden und immer wieder Einfluss auf das Sample nahmen. Insgesamt basieren die methodischen Richtlinien der vorliegenden Untersuchung auf „dem methodischen Vorgehen aufgrund intersubjektiver Nachvollziehbarkeit sowie auf der Prozesskontrolle“ (Manske 2007: 42).

Im Zuge der Datenerhebung wurden insgesamt 22 Interviews geführt, wobei drei als sogenannte Pretests gelten können und zwei weitere im späteren Forschungsverlauf im Sinne einer ‚Konstruktion empirischer Gegenevidenz‘⁶ (vgl. Kelle/Kluge 2010: 43) nur ei-

-
- 4 Das politische Kapital ist nach Bourdieu ein „Prestigekapital“ (Bourdieu 2001: 52), das Macht verleiht und auf Asymmetrien basiert. Es ist Ausdruck von politischen Kämpfen um die Macht, die im Feld und um den Zugang zum Feld stattfinden. Bourdieu beschreibt darüber auch „symbolische Kämpfe“, weil „die Gegner über ungleiche Waffen, ungleiches Kapital und ungleiche symbolische Macht verfügen“ (ebd.).
 - 5 Bourdieu macht das am Beispiel der Dominanz von politischen Journalist*innen und Meinungsforscher*innen deutlich, die heute mehr denn je politischen Einfluss hätten und somit zu Feldteilnehmer*innen werden würden (vgl. Bourdieu 2001: 49).
 - 6 Über die empirische Gegenevidenz werden bewusst „entscheidende Fälle“ gesucht, „in denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sie Gegenevidenz zur Ausgangshypothese erzeugen“ (Kelle/Kluge 2010: 46, H. i. O.).

ner Teilauswertung unterzogen wurden (keine vollständige Kodierung, Anwendung des Kodierparadigmas nur bei Kodes, die für die enge Fragestellung relevant waren). Hauptuntersuchungsgruppe der Erhebung waren Berliner Labelbetreiber*innen des Bereichs Mode- und Produktdesign, die Produkte selbst herstellen und ihr Label oder Projekt per Selbstdefinition ein ‚nachhaltiges‘ nennen – oder per Selbstdarstellung (beispielsweise auf der Webseite) angeben, ökologisch und/oder fair-sozial zu produzieren.

Im Forschungsverlauf wurden dazu zwei Vergleichsgruppen zur Hauptuntersuchungsgruppe gebildet: eine erste, die keine Nachhaltigkeitskriterien per Selbstdefinition voranstellt, eine zweite, die Produkte vorwiegend in der Freizeit anfertigt. Von Interesse war hier, ob sich Selbstpositionierungen und entsprechende Produktionskriterien unterscheiden. Dabei spielten sozialstrukturelle Kategorien wie das Geschlecht, der Bildungsgrad oder das Alter keine zentrale Rolle für das methodische Auswahlkriterium. Voraussetzung für die Aufnahme ins Sample war, dass die Akteure ein eigenes Label im Bereich Mode- und Produktdesign betreiben oder Produkte selbst herstellen.

Das themenzentrierte Leitfadeninterview

Die Interviews wurden als offene, themenzentrierte Leitfadeninterviews durchgeführt. Der Grund, warum sich für das themenzentrierte Leitfadeninterview entschieden wurde, war, dass somit weder im Vorfeld formulierte Hypothesen verifiziert noch falsifiziert werden mussten, wie das beispielsweise beim episodischen oder problemzentrierten Interview der Fall ist (vgl. Blatter et al. 2007: 61ff.). Auch wird das Leitfadeninterview durch den Forschenden „mittels Leitfaden“ selbst strukturiert – ganz im Gegensatz zu narrativen Interviews⁷, „bei denen die Strukturierung durch den Interviewten selbst erfolgen muss“ (Misoch 2015: 65). Zudem geht es beim Leitfadeninterview um „eine relativ eng begrenzte Fragestellung“, bei der „beschreibende und argumentierende Darstellungsmodi“ zentral sind (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 127). Narrative Interviews bieten sich dagegen an, wenn das Erzählen selbst „diejenige Form der Darstellung ist, – die im Vergleich zum Beschreiben oder Argumentieren – der kognitiven Aufarbeitung der Erfahrung am meisten entspricht“ (ebd.: 83).⁸ Über das themenzentrierte Leitfadeninterview konnte somit eine offene Fragestellung zu einem gesellschaftsrelevanten Thema bearbeitet werden, ohne dass politische Sinngehalte überprüft wurden – darum boten sich auch keine Experteninterviews an.⁹ Neben einer eingrenzenden themenzentrierten Perspektive

-
- 7 Narrative Interviews gehen auf Fritz Schützes methodisch ausgearbeitetes und methodologisches Verfahren zurück (vgl. Schütze et al. 1976). Der theoretische Hintergrund des von Schütze entwickelten Verfahrens ist der Symbolische Interaktionismus (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 79), der u.a. auf den Überlegungen von Mead (1983, 1988) basiert. Der Symbolische Interaktionismus geht davon aus, dass „Gesellschaft von Individuen in symbolischen Interaktionen hervorgebracht und verändert wird“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 79).
 - 8 Darum finden narrative Interviews in der Politikwissenschaft seltener Verwendung, weil sie eher auf die „historische Rekonstruktion von Lebensphasen und Zeitstimmungen“ abzielen (Blatter et al. 2007: 63), wenn auch in den letzten Jahren die Bedeutung aufgrund eines erhöhten Interesses an Erzählungen gestiegen ist (vgl. Blatter 2018: 56).
 - 9 Experteninterviews kommen – neben Eliten-Interviews – auch in der Politikwissenschaft zum Einsatz (so zum Beispiel durch die Befragung von Politiker*innen, siehe dazu Blatter et al. 2018: 54ff.). Diese Interviewform bot sich in dieser Studie allerdings nicht an, weil die Akteure in vielen Fällen zwar Expert*innen in ihrem Arbeitsfeld sind, nicht aber im Bereich der Politik. Bei Experteninter-

sollten vor allem „verdeckte Inhalte“ (Reinders 2005: 127) in den Selbstverortungen von Kulturschaffenden entschlüsselt werden.

6.1.2 Interviewführung und Interview-Leitfaden

Interviewrichtlinien

Worauf galt es bei der Interviewführung zu achten? Zunächst war es wichtig, eine offene und vertrauensvolle Atmosphäre herzustellen, um Inhalte zu erschließen, die unter Umständen im Verborgenen liegen. Dafür war eine offen gehaltene Einstiegsfrage zu Beginn notwendig, die im weiteren Verlauf durch „Sondierungs- und Vertiefungsfragen“ ergänzt wurde (vgl. Reinders 2005: 127). Die Einstiegsfrage lautete darum, warum die Akteure Produkte selbst herstellen. Dazu sollten die Akteure über einen offenen Erzählstimulus schildern, was sie motiviert und welche Ziele sie verfolgen („Erzähle zunächst einmal, warum Du/Sie Produkte selbst herstellst/herstellen. Warum machst du das/machen Sie das?“). Die Leitfadeninterviews waren, bis auf eine Ausnahme, alles Einzelinterviews. Zwei Dinge galt es zu beachten: Zum einen machten die ersten Pretests deutlich, dass es wichtig war, die offene Leitfrage so zu konzipieren, dass keine Erwartungshaltung gegenüber den Befragten erzeugt oder provoziert wurde. Das war bei den ersten Interviews der Fall, als der Themenkomplex „Do it Yourself“ bei der Kontaktaufnahme als solcher genannt wurde. Folge war, dass sich die Akteure im Vorfeld allem Anschein nach vorbereitet hatten und im Interview um aussagekräftige Aussagen bemüht waren, vermutlich, um ein möglichst gutes Bild von sich abzugeben. Darum wurde das Thema bei den folgenden Kontaktaufnahmen nur grob benannt („Ich untersuche die Arbeitsstrukturen von Kulturschaffenden in Berlin und möchte dich/Sie dazu gerne interviewen“). Im Interview selbst wurde die Einstiegsfrage so gestellt, dass genügend Raum für Erfahrungen, Ansichten und Einschätzungen für die Interviewten war. Alles in allem sollte die Interviewsituation subjektive Entfaltungsmöglichkeiten zulassen, und Subjektivität meint hier sowohl die Subjektivität für den Interviewer als auch die Subjektivität für den/die Interviewte(n).

Problem: Theoretisches Vorwissen oder Nichtwissen?

Eine Frage, die sich von Beginn an stellte, und die in der Wissenschaft seit Jahren eine Streitfrage ist, war, wie mit theoretischem Vorwissen umzugehen ist (vgl. Meinefeld 2000). So wirft man der Grounded Theory beispielsweise vor, dass sie verlange, als Forschende möglichst unwissend ins Feld zu gehen, was man aber nicht immer kann (vgl. dazu Hopf 1979: 27; Blatter et al. 2007: 46).¹⁰ Einerseits geht es beim Forschungsprozess der Grounded Theory darum, sich offen ins Feld zu begeben; das Vorgehen ist am „hypothetiko-deduktiven Vorgehen“ orientiert (Kelle/Kluge 2010: 38). Andererseits setzte die

views steht das „Was“ des Geäußerten und nicht das „Wie“ der Äußerung im Mittelpunkt (vgl. ebd.: 55) – um letzteres ging es in dieser Studie.

¹⁰ So fordern Glaser und Strauss mit möglichst wenig Vorwissen ins Feld zu gehen, um den Forschungsprozess nicht mit vorformulierten Thesen zu beeinflussen. Allerdings hat Anselm Strauss in seinen späteren Arbeiten eingeräumt, dass das theoretische Vorwissen nicht unerheblich sei (siehe zur Diskussion Blatter et al. 2007: 47).

Forschungsfrage der Studie ein gewisses Vorwissen voraus. Darum war es wenig zielführend, sich „gegenüber vorgängigem Wissen zu immunisieren“ (Strübing 2014: 61; siehe auch Blatter et al. 2018: 52). Vielmehr ging es darum, einen Zugang zu finden, um das Erleben, Empfinden und das Handeln von Kulturakteuren empirisch an der Schnittstelle von Arbeitshandeln und möglichen politischen Zielsetzungen zu untersuchen. In der Gesamtheit bildete das Thema „Wissen im Vorfeld“ respektive „Explikation von Vorwissen“ damit ein Problem ab. Begegnet wurde dem damit, dass die Forschungsfrage so formuliert wurde, dass sie einerseits eine Offenheit bereithielt, um nach möglichen Zielsetzungen, Gesellschaftsbildern und Kritikformen zu fragen. Andererseits wurde der theoretische Zugang eingegrenzt, um das Spannungsfeld von Arbeit und Politik als solches untersuchen zu können.¹¹

Das Interview in der sozialen Praxis

Die Interviews wurden, wenn möglich, direkt am Arbeitsplatz der Befragten durchgeführt. Gerade räumliche Settings können wichtige Einblicke in die Arbeitsstrukturen geben, auch war ein Ort der Vertrautheit aus Sicht des Interviewten vorhanden, um frei über Empfindungen, Wünsche und Zielvorstellungen sprechen zu können. Die Interviewdauer sollte zwischen 60 und 90 Minuten betragen. Das kürzeste Interview betrug 35 Minuten, das längste ging über zwei Stunden.

Der Interview-Leitfaden

Der Interview-Leitfaden war in sechs thematische Blöcke gegliedert. Die folgende Strukturierung der Themenfelder lehnt sich konzeptionell an die Studie von Manske (2007: 48ff.) an, ist aber um den Zusammenhang von Arbeit und Politik erweitert worden. Das Leitfadeninterview griff folgende Themenfelder auf.

1. Arbeitshandeln
2. Arbeitsorientierung
3. Schwerpunkt Arbeit und Leben
4. Biografischer Hintergrund
5. Schwerpunkt Arbeit und Politik
6. Abschlussfrage und Zukunftsperspektive

Arbeitshandeln: Hier stellte sich die Frage, warum die Akteure Produkte selbst herstellen. Über einen offenen Erzählstimulus wurde gefragt, welche Vor- und Nachteile die Akteure in ihrer Arbeit sehen, was ihnen wichtig ist, was sie mit ihrer Arbeit, dem Herstellungsprozess und der Labelarbeit verbinden (Freiheit, Flexibilität etc.) – und wie sie

¹¹ Das schloss nicht aus, dass sich im Forschungsverlauf hätte zeigen können, dass die Befragten ganz andere Zielsetzungen als politische verfolgen – und auch ein solches Ergebnis ließe sich im Kontext des theoretischen Rahmens diskutieren (Stichwort Apolitisierung). Gerade darum war es wichtig, sich möglichst unvoreingenommen, wie Glaser und Strauss fordern, „*theoretisch sensibel*“ (Glaser/Strauss 2010: 62, H. i. O.) auf das Themenfeld und die Interviewten einzulassen, und das selbst dann, wenn sich im Interviewverlauf gezeigt hätte, dass das Thema Politik oder politische Ziele keine Rolle spielen.

folglich ihren Arbeitsalltag gestalten. Darauf sollte zunächst ein Bild entworfen werden, das über den Arbeitsalltag und die Arbeitsabläufe informiert. Daran anknüpfend wurden im Verlauf des Interviews vertiefende, generierende Fragen gestellt. Ziel war es, den Interviewpartner*innen die Möglichkeit zu geben, durch einen „komplex kreisenden Gesprächsverlauf [...] ihr subjektives Relevanzsystem im Rahmen des Leitfadens möglichst vielschichtig zu entwickeln“ (Manske 2007: 48).

Arbeitsorientierung: Bei der Arbeitsorientierung ging es um Aspekte der (freien) Projektarbeit oder der Unternehmens- und Labeltätigkeit: Welchen Stellenwert hat Arbeit für die Akteure? Wie wichtig ist es ihnen, selbstständig und selbstorganisiert zu arbeiten und Produkte selbst herzustellen? Verfolgen die Akteure übergeordnete Ziele? Was bedeutet für sie Arbeit? Wie wichtig ist ihnen Geld? Darauf hinaus stand die Arbeitsform als solche im Zentrum: Für welche Arbeitsform(en) ist das Selbstherstellen charakteristisch? Ist es reine Erwerbsarbeit? Ist es Arbeit neben der Erwerbsarbeit? Welche Bedeutung hat das Selbstherstellen im Vergleich zu anderen Arbeitsformen?

Arbeit und Leben: Anknüpfend an den Themenkomplex zur Arbeitsorientierung wurde in diesem Themenabschnitt gezielt nach dem Spannungsverhältnis von Arbeit und Leben gefragt. Im Vordergrund stand die Privatsphäre und das darauf bezogene Lebensarrangement. Zentrale Frage war, ob die Befragten das, was sie in ihrer Arbeit verkörpern, auf den Privatbereich übertragen oder ob sich nachhaltige, politische Ziele nur auf den Beruf oder die einzelnen Arbeitsprozesse beschränken. Auch war von Interesse, ob sich Zielsetzungen, die auf eine politische Perspektive hindeuteten, zusätzlich als Engagement verstehen lassen. Dieser Themenabschnitt diente überleitend zum Themenkomplex Arbeit und Politik dazu, mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezogen auf gesellschaftliches Engagement erkennen zu können.

Biografischer Hintergrund: Dieser Themenkomplex sollte über persönliche Erfahrungen und frühkindliche Prägungen der Akteure informieren und entsprechende Rückschlüsse zulassen, ob bestimmte Werte über mögliche Sozialisations- oder Erziehungseinflüsse vermittelt wurden. Das Vorgehen dazu bedurfte einer besonderen Sensibilität. Denn nicht jede(r) wollte frei über ihre/seine Kindheit oder über Vergangenes sprechen. Daraum folgten Fragen zum biografischen Hintergrund erst im Anschluss an den Themenkomplex Arbeitshandeln, Arbeitsorientierung sowie Arbeit und Leben. Folgende Fragen waren von Bedeutung: Wie sind die Befragten aufgewachsen? Welche Werte wurden ihnen in jungen Jahren vermittelt? Durch wen oder was wurden sie geprägt und was hat sie beeinflusst? Wurden sie ggf. schon in jungen Jahren politisch (oder gegenteilig unpolitisch) sozialisiert?

Arbeit und Politik: In diesem Abschnitt wurde der Schwerpunkt Arbeit und Politik vertieft: Wollen die Akteure über das Selbstherstellen etwas in der Gesellschaft verändern, wenn sie ihr Label ein ökologisches oder nachhaltiges nennen? Wenn ja, was wollen sie verändern? Verstehen sich die Befragten als politische Akteure? Was verstehen sie dann unter Politik? Welches Selbstverständnis haben sie von sich als handelndem Akteur? Dieser Thementeil sollte Aufschluss darüber geben, wie sich das Arbeitsleben mit möglichem

politischem Engagement verzahnt: Sind die Befragten zusätzlich in soziale und/oder politische Netzwerke oder Organisationen eingebunden? Wenn ja, mit welchem Ziel? Wenn nein, was sind die Gründe dafür? Wichtig war hier, das Politische nicht abstrakt in einem eng institutionalisierten Verständnis oder nur in Bezug auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Organisation zu verstehen. Vielmehr wurde, wie im Kapitel 4.1.6 dargelegt, von einem *weiten* Begriff des Politischen ausgegangen, der sämtliche Formen des Handelns, auch Alltags- und Arbeitshandeln, als mögliche Formen des politischen Handelns erfasst.

Produktionskriterien: Dieser Abschnitt ist eine Vertiefung zu Punkt 1 und 5 und gab Auskunft darüber, worauf die Akteure bei der Produktion achten. Wie und warum werden Nachhaltigkeitsstandards gesetzt? Werden die Produkte zertifiziert? Wie streng werden Kriterien angelegt und welche Auswirkung haben sie auf das Arbeitshandeln, die Arbeitsorientierung und ein mögliches politisches Selbstverständnis?

Abschlussfrage: Die abschließende Frage „Wie sieht mein Leben in zehn Jahren aus?“ sollte überprüfen, ob es sich ggf. nur um eine temporäre Lebensphase handelt, in der bestimmte Zielvorstellungen verwirklicht werden (sollen). Hier ging es darum, wie vorausblickend – auch in Bezug auf eine mögliche Generationengerechtigkeit – das Handeln zu verstehen ist. Diese Frage wurde allerdings nur gestellt, wenn aus den Aussagen zuvor keine Schlüsse gezogen werden konnten.

6.1.3 Konkrete Auswertungsschritte

Theoretisches Kodieren

Um zu aussagekräftigen Kodes, Kategorien und Konzepten zu gelangen, ist ein entsprechendes Kodierverfahren unumgänglich. In einem ersten Schritt wurde das Interviewmaterial darum nach dem Verfahren des Theoretischen Kodierens bearbeitet und schrittweise ausgewertet (vgl. Glaser/Strauss 2010 [1967]). Ziel war es, darüber im Laufe des Verfahrens eine gegenstandsbezogene Theorie entwickeln zu können (vgl. Wiedemann 1995: 443f.; Glaser/Strauss 2010: 146ff.; Strübing 2014: 15ff.). In Anlehnung an Strauss wurden zur Erarbeitung und Bildung von Kategorien das offene, axiale und theoretische Kodieren angewendet (vgl. Wiedemann 1995: 443f.; Strübing 2014: 15ff.).

Wie unterscheiden sich die einzelnen Phasen? Das offene Kodieren diente zunächst der Kategoriengewinnung (vgl. Strauss 1998: 101; vgl. Wiedemann 1995: 443f.). Dazu wurde das Material aufgebrochen, in Einzelteile zerlegt, um es wieder neu zu sortieren (vgl. Strübing 2014: 16ff.). Beim offenen Kodieren handelt es sich um ein „erstes, theoretisch noch nicht eingeschränktes Kodieren“, das „der Generierung von Konzepten“ und ersten „Schritten der Theoretisierung“ dient (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211). Dazu wurden sogenannte Konzepte aus dem transkribierten Material entwickelt. Im Anschluss wurden aus Konzepten über das axiale Kodieren Kategorien gebildet (vgl. Strauss/Corbin 1990: 423; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 202). Dabei beziehen sich Konzepte zunächst „auf dasselbe Phänomen“, später werden daraus Kategorien (Przyborski/Wohlrab-Sahr

2014:201).¹² Dazu wurden die Daten in möglichst viele weitere Kategorien zerteilt. Wichtig war hier, dass immer wieder gezielt auf einzelne Kategorien hinkodiert wurde, um entsprechende Schlüsselkonzepte zu entwickeln (vgl. Strauss 1998: 101ff.). Beim axialen Kodieren ging es um die „Ausarbeitung von Kategorien (und Subkategorien)“ sowie um „deren Beziehung zu anderen Kategorien“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211). Das axiale Kodieren¹³ folgt auf das offene Kodieren, „ersetzt dieses jedoch nie vollständig, da parallel zur genauen Ausarbeitung einer Kategorie auch neue Konzepte generiert werden müssen“ (ebd.: 210f.).

Der dritte Kodierschritt umfasste das selektive Kodieren, womit auf eine Schlüsselkategorie hinkodiert wurde (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211; Glaser/Strauss 2010: 85). Corbin und Strauss verstehen darunter einen „Prozeß des Auswählens der Kernkategorie, des systematischen In-Beziehungssetzens der Kernkategorie mit anderen Kategorien, der Validierung dieser Beziehungen und des Ausfüllens von Kategorien, die einer weiteren Verfeinerung und Entwicklung bedürfen“ (Strauss/Corbin 1996: 94). Hier kam es im Forschungsverlauf vor, dass Konzepte und Kategorien bezogen auf eine mögliche Schlüsselkategorie „rekodiert“ werden mussten (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211) – Ziel war die Herausarbeitung sogenannter „Kernkategorien“ (Strübing 2014: 17). Das selektive Kodieren begrenzt das axiale Kodieren auf Schlüsselkonzepte, bis verschiedenste Kategorien zu einem Modell zusammengefasst werden können. Abschlossen ist der Prozess durch die „theoretische Sättigung“, wenn „keine theoretisch relevanten Ähnlichkeiten und Unterschiede mehr im Datenmaterial entdeckt“ werden (Kelle/Kluge 2010: 49).¹⁴

Kodierregeln und Kodierverfahren

Nach Glaser und Strauss müssen die Forscher*innen die Kodierung nicht nur selbst übernehmen, sie sollen das Material am Anfang Zeile für Zeile oder Begriff für Begriff kodieren. Gerade zu Beginn sollen möglichst viele Informationen aus dem Interviewmaterial gewonnen werden (vgl. Wiedemann 1995: 443f.; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 210). Zu betonen ist zudem, dass beim Kodieren Mehrfachkodierungen möglich sind. Auch ist es sinnvoll, neben der Kodierung sogenannte Memos anzufertigen, um „Hypothesen und methodische Überlegungen“ festzuhalten (Wiedemann 1995: 443f.).

12 Kategorien sind immer „höherwertige, abstraktere Konzepte und bilden die Ecksteine der sich herausbildenden Theorie“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 201). Przyborski und Wohlrab-Sahr merken dazu an, dass Kategorien als höherwertige Konzepte weder „aus der bloßen Umbenennung von Konzepten“ noch „aus dem bloßen Zusammenfassen von Konzepten und unter einer neuen Rubrik“ entstehen. Vielmehr sind sie „Resultat von Interpretation“, indem sie Zusammenhänge zwischen Konzepten „erfassen“ und sich demnach „noch weiter in Richtung Theoriebildung“ bewegen (ebd.).

13 Das axiale Kodieren zielt auf „mögliche Zusammenhänge zwischen einer jeweiligen Kategorie und verschiedenen anderen Konzepten und Kategorien“ ab (Strübing 2014: 17f.). Strübing beschreibt das axiale Kodieren auch als „Schnitte‘ durch das Material“, womit sich das Material immer mehr verfeinern und zerlegen lässt (ebd.: 26). Dazu werden die Beziehungen zwischen einer Kategorie und einer anderen und weiteren (möglichen) Subkategorien „ausgelotet“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 210).

14 Siehe auch Behnke et al. 2006: 199; Glaser/Strauss 2010: 76; Strübing 2014: 32.

Allerdings stellt das Kodierverfahren keinen linearen Prozess dar. So bedurfte es in dieser Studie der permanenten Überarbeitung einzelner Schritte. Der „ständige Vergleich“ gilt in der Forschung als „grundlegendes Prinzip“ einer „fortschreitenden Analyse“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 204). Als besonders hilfreich erwies sich im Forschungsverlauf das Erstellen und Bearbeiten des Datenmaterials mithilfe eines Kodierparadigmas (vgl. Strübing 2014: 24). Damit ließ sich das bereits kodierte Datenmaterial im Prozess des axialen Kodierens weiter systematisieren.¹⁵

6.1.4 Kodes, Kategorien, Typenbildung

Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse der Studie präsentiert. Dazu werden in einem ersten Schritt die gewonnenen zentralen Kategorien aus dem Kodierverfahren aufgezeigt. Im zweiten Schritt wird erörtert, ab wann von einem politischen Akteur gesprochen werden kann. Das heißt, dass im empirischen Teil eine theoretische Auseinandersetzung zur Frage erfolgt, unter welchen Umständen ein Akteur als politischer gelten und typologisiert werden kann. Dieser Schritt erschien sinnvoll, um nicht bereits im Vorfeld festzulegen, ab wann etwas politisch ist und ab wann von einem politischen Akteur auszugehen ist. Zugleich war die theoretische Auseinandersetzung hilfreich für Schritt drei, für die Herausbildung von Typen und Typologien¹⁶, die im Folgenden dargestellt und anhand einzelner Typen durch kontrastierende Fallbeispiele beschrieben wird.

Zentrale Kodes, Konzepte und Kategorien

In der empirischen Forschung werden die Begriffe Kodes, Konzepte und Kategorien nicht trennscharf verwendet (vgl. Strübing 2014: 17f.; Kelle/Kluge 2010: 60f.).¹⁷ Allerdings

-
- 15 Das Kodierparadigma wurde von Strauss 1987 entwickelt (vgl. Strübing 2014: 24). Dem Paradigma folgend sollten Fragen „zur Analyse der Zusammenhänge zwischen Konzepten“ in Bezug auf (1) die Ursachen, (2) Phänomene, (3) deren Kontext, (4) die intervenierenden Bedingungen, (5) auf die Handlungs- und interaktionalen Strategien sowie (6) deren Konsequenzen geklärt werden (vgl. ebd.). Ziel des Kodierparadigmas ist es, „in theoriegenerativer Absicht [...] die zuvor isoliert betrachteten Phänomene in einen Strukturzusammenhang zu bringen“ (ebd.). Für diese Forschung war das Verfahren insofern hilfreich, da so auf entsprechende Kernkategorien gezielt hinkodiert werden konnte.
- 16 Typologien lassen sich im Gegensatz zum „Typ“ als das „Ergebnis eines Gruppierungsprozesses“ verstehen, „bei dem jene Objekte eines Untersuchungsbereiches zu Typen zusammengefaßt werden, die sich hinsichtlich einer oder mehrerer Merkmalsausprägungen besonders ähneln“ (Kluge 1999: 42). Sie können sowohl die Grundlage für die anschließende Theoriebildung sein, hin und wieder handelt es sich auch nur um einen notwendigen Zwischenschritt (vgl. Kelle/Kluge 2010: 91). Typologien lassen sich bereits durch einzelne Merkmale von Typen, aber auch durch die Zusammenführung und Kombination verschiedenster Merkmale bilden – in der qualitativen Sozialforschung spricht man darum auch von *eindimensionalen* und *mehrdimensionalen* Typologien (vgl. ebd.: 87).
- 17 Das ist mitunter auf die Grounded Theory zurückzuführen, da Strauss/Corbin die Begriffe nicht einheitlich verwendet haben (vgl. Strauss/Corbin 1990: 420). Sie unterscheiden allerdings zwischen Konzepten und Kategorien: Konzepte bilden Kategorien, Kategorien werden nicht unmittelbar zu Konzepten (vgl. ebd.; siehe auch Strübing 2014: 18). Auch unterscheiden sie zwischen soziologisch konstruierten Kodes („sociological constructs“) und „*in vivo codes*“. Letztere lassen sich direkt aus dem Textmaterial durch Zitate ermitteln (Strauss/Corbin 1996: 64).

werden Kategorien in erster Linie als Spezifizierungen der analytischen Verdichtung von Kodes und Konzepten verstanden (vgl. Kelle/Kluge 2010: 83). Darum wird im weiteren Verlauf vorzugsweise von Kategorien gesprochen, wenngleich sich der Begriff Kodes aufgrund verschiedener Zitierweisen nicht vermeiden lässt. Letztlich hat sich der Begriff Kategorie auch in der Forschung durchgesetzt.¹⁸

Wie wurden die Kategorien in dieser Studie entwickelt? In einem ersten Schritt fand ein „Aufbrechen der Daten“ über das offene Kodieren statt (Steinhardt 2015: 30f.). Darüber konnten den Daten erste Kodes zugewiesen werden, „die durch das Verfahren des ständigen Vergleichs zu ersten Konzepten“ führten (ebd.). Im Anschluss wurden die Kodes und Konzepte in Beziehung zueinander gesetzt, daraufhin wurden sie miteinander verglichen und systematisiert (vgl. Strauss/Corbin 1996: 75). In einem zweiten Schritt wurde über das axiale Kodieren das Datenmaterial auf wesentliche wichtige Kodes reduziert – und die daraus gewonnenen Kodes, Konzepte und Kategorien wurden ebenfalls in Beziehung zueinander gesetzt. Über diesen Schritt konnten zusätzlich sogenannte Subkategorien gebildet werden, um das Datenmaterial weiter zu verfeinern. In einem dritten Schritt wurde das Datenmaterial über das selektive Kodieren reduziert. Ziel war es hier, dass zum Schluss nur wenige Kategorien übrigblieben, um zu Schlüsselkategorien zu gelangen, die mit allen anderen Kategorien korrespondieren (vgl. Strauss/Corbin 1996: 94). Folgende axiale Kategorien konnten über die einzelnen Kodierphasen gewonnen werden:

1. Beweggründe des Selbstherstellens
2. Erziehungs-Einflussfaktoren
3. Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit
4. Autonomie
5. Authentizität
6. Unternehmerische Ziele und Strategien
7. Produktionskriterien
8. Kundenorientierung und Distributionswege
9. Gesellschaftskritik
10. Verantwortungsbewusstsein
11. Einfluss und Beeinflussung
12. Netzwerkbildung
13. Selbstverständnis als politischer Akteur
14. Politische Ziele und Handlungsstrategien

Ziel war es im Anschluss, über die gebildeten Kodes einzelne Fälle im Sinne „minimaler und maximaler Kontrastfälle“ miteinander zu vergleichen (Kleemann et al. 2009: 26; siehe auch Kelle/Kluge 1999: 48f.).¹⁹ Dieses Vorgehen wurde zweimal durchgeführt, um

¹⁸ Kelle und Kluge (2010: 60) weisen darauf hin, dass ein zu Anfang gesetztes Kodewort heute auch als Kategorie gelten kann. Genauso könnte ein theoretisch komplex gesetzter Begriff oder ein „Typus“ eine Kategorie sein.

¹⁹ Minimale Kontrastierungen liegen vor, wenn Vergleichsfälle strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen. Maximale Kontrastierungen erfassen dagegen „konträre Merkmale in bestimmten Vergleichsdi-

zum Schluss zu entsprechenden Typen und zu einer Typologie und Schlüsselkategorie zu gelangen. Dazu wurden die Kategorien thematisch an die Struktur des Leitfadens angelehnt, darum sind sie auch in dieser Reihenfolge aufgelistet. Die Kategorien entsprechen damit in etwa dem Aufbau des Leitfadens – wenngleich sich einige Kategorien auf unterschiedliche thematische Schwerpunkte des Leitfadens beziehen. Die Kategorien *Subjektivierung* und *Entgrenzung von Arbeit/des Politischen*, die im Folgenden ebenfalls als Kategorien aufgeführt werden, sind streng genommen bereits theoretisches Material, das aus den Kategorien und Subkategorien gewonnen wurde. Sie sind hier aber zunächst als Kategorien mit aufgeführt. Insgesamt konnten die zentralen axialen Kategorien im Anschluss auf drei Ebenen untersucht werden:

1. Auf der Ebene des Subjekts: Diese Ebene zielt auf die Zielsetzungen der Akteure und entsprechende Handlungskonstellationen ab. Im Zentrum standen die Handlungsspielräume und subjektiven Entfaltungsmöglichkeiten über Prozesse des Selbsterstellens. Überdies ging es um die intersubjektiven Beziehungen, die daraus resultierten (z.B. die Bildung von Netzwerken, das Mitwirken in Organisationen etc.). Bezogen auf die politikwissenschaftliche Forschung stand dazu die Frage im Mittelpunkt, wie sich mögliche *policy*-Dimensionen (Themen, programmatische Ausrichtungen, Zielsetzungen) in *politics*-Strategien (Prozesse, Konflikte, Entscheidungen) verkörpern.
2. Auf der Ebene des Objekts (des Produkts): Im Verlauf der Erhebung wurde deutlich, dass das Produkt für die Akteure eine zentrale Bedeutung hat. Im Produkt werden inhaltliche Zielsetzungen gegenständlich, die Ausdruck eigener Identität sind. Diese Ebene zielte auf die bereits angesprochene *Dingpolitik* Latours und ein Objektverständnis des Symbolischen Interaktionismus²⁰ ab, wonach sich in Objekten soziale Strukturen verdinglichen.
3. Zentrale Themenfelder: Hier wurde die unter Punkt 1 angesprochene politikwissenschaftliche *policy*-Dimension vertieft. Zentrale Frage war, ob politische Themen und Sachverhalte über das Arbeitshandeln zur Sprache kommen. So wurden von den Akteuren vor allem ökologische Themen und solche genannt, die sich auf die Arbeitswelt und die daraus resultierenden Risiken beziehen. Hier galt es zu erörtern, welche Lösungswege die Akteure aus ihrem Handeln ableiten und ob daraus konkrete Forderungen resultieren – und an wen sie adressiert sind.

mensionen“ (Kleemann et al. 2009: 26). Gerade für den Prozess der Typenbildung sind maximale Kontraste hilfreich, da darüber „frühzeitig typologische Unterschiede zwischen Fällen bzw. Fallgruppen“ identifiziert werden können (ebd.).

20 Der Symbolische Interaktionismus zielt im Wesentlichen auf die Arbeiten von Mead, Cooley und Blumer ab. Insbesondere Blumer hat Objekte auf soziale Interaktionen bezogen, da Menschen gegenüber Dingen immer mit Bedeutungen handeln (vgl. Blumer 2013: 75; siehe auch Raab et al. 2008; Misoch 2015: 9; Blatter et al. 2018: 35f.).

Tabelle 1: Liste der Kategorien, die aus dem Datenmaterial gewonnen werden konnten

<i>Beweggründe des Selbstherstellens: (Handlungsmotive und Ziele)</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Herstellung eines Produkts, das es noch nicht gibt oder das einen spezifischen Zweck erfüllt etc. (produktbezogen). Erschließung neuer Perspektiven über den Herstellungsprozess, neue Erfahrungshorizonte über das Selbstherstellen etc. (subjektbezogen). Zudem fair-soziale und/oder ökologische Kriterien der Produktgestaltung (gegenstandsbezogen)
<i>Erziehungs-Einflussfaktoren</i>	subjekt- und gegenstandsbezogen: Vermittlung von Werten/Wissen etc. durch die Erziehung der Eltern, Einfluss von Verwandten und Nahestehenden auf die berufliche Laufbahn und Wertvorstellungen
<i>Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Identifikation mit dem Produkt (produktbezogen), Umsetzung eigener Vorstellungen und Ideen, Identifikation mit der Arbeit, Selbstverwirklichung und Selbstwirksamkeit über Arbeit (subjektbezogen), Weitergabe und Kommunikation von Inhalten und Werten (gegenstandsbezogen)
<i>Autonomie</i>	subjektbezogen: freie Gestaltung und Entfaltung über den Arbeitsprozess/die Erstellung eines Produkts, flache Arbeitshierarchien, Selbstorganisation
<i>Authentizität</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Materialechtheit, Einzigartigkeit, Transparenz (produktbezogen), Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit über Arbeit (subjektbezogen), Transparenz als zentrales Thema der Produktion (gegenstandsbezogen)
<i>Unternehmerische Ziele und Strategien</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Anspruch an Qualität, Oberflächen, Produktoptimierung etc. (produktbezogen), Risikobereitschaft, Gewinnerzielungsabsicht, langfristige Planung, berufliche Verankerung – Selbermachen als Hobby, Neben- oder Hauptberuf (subjektbezogen), konkretes Agenda-Setting (gegenstandsbezogen)
<i>Produktionskriterien</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Auswahl der Materialien (produktbezogen), fair-soziale und/oder ökologische Ausrichtung der Produktion (gegenstandsbezogen) über soziale Interaktionen (subjektbezogen)
<i>Kundenorientierung und Distributionswege</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Produktausrichtung aufgrund von Kundenfeedback (produktbezogen), Einbindung von Interessenten in den Produktionsprozess (subjektbezogen), konkretes Agenda-Setting aufgrund von Rückmeldungen (gegenstandsbezogen)
<i>Gesellschaftskritik</i>	subjekt- und gegenstandsbezogen: Arbeitsstandards, Konsumverhalten, Lebensführung: Was ist den Akteuren in der Arbeit und im Leben wichtig? Wird Kritik über die Produktion geübt? Reduziert sie sich auf Arbeit oder bezieht sie sich auf andere Lebensbereiche? Was wird, falls Kritik geübt wird, in welcher Form kritisiert? Handelt es sich ggf. um eine Form der Sozialkritik oder Künstlerkritik im Sinne von Boltanski und Chiapello (vgl. Boltanski/Chiapello 2003)?

<i>Verantwortungsbewusstsein</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: verantwortungsvoller Umgang mit Materialien, Objekten und Ressourcen (produktbezogen), gerechte Löhne, Standortwahl, Selbstverpflichtungen etc. (subjektbezogen), soziale und/oder ökologische Produktionsprinzipien (gegenstandsbezogen)
<i>Einfluss und Beeinflussung</i>	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Einfluss über das Produkt, auf die Umwelt, das Umfeld oder den Kundenkreis (produktbezogener Einfluss, der interpersonell erfolgt). Thematische Einflussnahme/Beeinflussung auf die eigene Umwelt, das Umfeld oder den Kundenkreis, auch auf die Gesellschaft als ganze, Vermittlung zur Problemlösung (gegenstandsbezogener Einfluss)
<i>Netzwerkbildung</i>	subjekt- und gegenstandsbezogen: Feedback und Rückkopplung von Ideen und Strategien, Vertiefung und Vermittlung von Wissen und thematischen Schwerpunkten, mögliche Mobilisierung über themenbezogene Sachverhalte
<i>Selbstverständnis als politischer Akteur</i>	politisches Interesse, politisches Wissen, politisches Kompetenzgefühl, politisches Responsivitätsgefühl
<i>Politische Ziele und Strategien</i>	Intention, Form, Umsetzung (mögliche Wirksamkeit) ²¹
<i>Subjektivierung von Arbeit</i>	neue Handlungsspielräume einerseits, neue Anforderungen andererseits: Identifikation mit der Arbeit, Identitätsbildung und Selbstverwirklichung sowie Selbstwirksamkeit über Arbeit, Verantwortungszunahme durch Arbeit
<i>Entgrenzung von Arbeit</i>	Zeit, Raum, Sozialorganisation, Tätigkeitsinhalte: a.) das Auflösen klarer Zeitgrenzen und Zeitmuster, b.) räumliche Entgrenzungen (z.B. durch zunehmende Mobilisierung), c.) Auflösung zwischen Privatem und Beruflichem sowie d.) eine Entgrenzung von Arbeitsrollen
<i>Subjektivierung des Politischen</i>	neue individuelle Handlungsspielräume zur gesellschaftlichen Mitgestaltung einerseits, subjektive Anforderungen für die Subjekte andererseits
<i>Entgrenzung des Politischen</i>	Auflösung einst klarer formalisierter Strukturen und Arenen des Politischen: a.) Entgrenzung von Zeitgrenzen und Zeitmuster des sozialen Handelns (wie viel Zeit bleibt für politisches oder gesellschaftliches Engagement?), b.) Trennung von Arbeit und Privatem (zeigen sich politische Ziele neben der Arbeit oder im Kontext von Unternehmensarbeit?), c.) räumliche Grenzen (neue Möglichkeiten durch mobile Mitbestimmung, neue Partizipationsmöglichkeiten im Netz etc.)

Beweggründe des Selbsterstellens: Diese Kategorie ließ sich gleich zu Beginn bilden und stellt in gewisser Weise eine Art Metakategorie dar. Gefragt wurde einleitend, was die Akteure des Samples dazu bewegt, Produkte selbst herzustellen. Es ging damit um die Unterscheidung von Weil- und Um-zu-Motiven (vgl. Münch 2002: 201) – ersteres greift auf das Vergangene zurück; es geht um die Reflexion von Vorgeschichten, die der Handlung zu Grunde liegen. Das Um-zu-Motiv stellt dagegen den Sinn der Handlung heraus und verweist auf die Folgen – beim Um-zu-Motiv geht es um den „Grund für eine Handlung, die der Absicht entspringt“, um „in der Zukunft ein gewisses Ziel zu erreichen“

²¹ Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, kann die Wirksamkeit der Intention des politischen Handelns empirisch nicht überprüft werden. Da die Wirksamkeit aber zum Konzept des politischen Handelns gehört, wird sie hier konzeptionell mit eingeführt.

(ebd.; siehe auch Hitzler 2001: 43). Zentrale Frage war, warum Akteure Produkte selbst herstellen und warum sie auf ökologische oder fair-soziale Kriterien achten. Als Ergebnis lässt sich sagen: Je höher die Identifikation mit der Arbeit ist und je professioneller die Produktion angegangen wird, desto wertaufgeladener ist das Vorgehen. Und das heißt auch, dass sich ethische Produktionsprinzipien meist erst im fortgeschrittenen Stadium der Produktion durchsetzen, die sich mehrheitlich auf ökologische Produktionskriterien beziehen – nur die *politischen Herstellertypen* stellen hierzu eine Ausnahme dar, da die Zielsetzungen den Handlungen vorausgehen.

Erziehungs-Einflussfaktoren: Diese Kategorie beschreibt die Vermittlung von Werten durch die Erziehung der Eltern, des Einflusses von Verwandten und Nahestehenden auf die Lebensführung. Zwei Tendenzen waren erkennbar: Zum einen grenzen sich die Akteure über das Selbermachen von Erfahrungen ab, die sie in der frühen Kindheit bis zur Adoleszenz-Phase gemacht haben. So wird das Selbermachen beispielsweise als emanzipatorischer Schritt gegenüber einem in jungen Jahren erfahrenen Status- und Sicherheitsdenken empfunden, das durch die Familie vermittelt wurde. Insbesondere gesellschaftskritische Motive deuteten auf Prozesse der Distinktion hin, indem man nach alternativen Lebenswegen sucht. Eine zweite Tendenz war die, dass die Akteure eigene Erfahrungen (bewusst wie unbewusst) auf Arbeitsprozesse übertragen. Gerade die unternehmerischen Produktionstypen haben in frühen Jahren eine Art Leistungsaffinität erfahren, die sich heute in übergeordneten Qualitätsansprüchen (Arbeitsprofessionalisierung und Produktperfektionierung) bemerkbar macht. Wenngleich die politikwissenschaftliche Forschung davon ausgeht, dass das frühe Jugentalter für die Ausbildung von Werthaltungen mitentscheidend ist (vgl. Scherer/Roßteutscher 2020: 210), ließ diese Kategorie in dieser Studie keine nennenswerten Rückschlüsse auf politische Zielsetzungen zu. Sie war für die Erkenntnisgewinnung der Fragestellung daher unerheblich. Darum wird sie im weiteren Forschungsverlauf nicht weiter aufgeführt.

Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit: Diese Kategorie schließt nahtlos an die beiden vorangegangenen an und betont den Herstellungsprozess als solchen, über den die Akteure eigene Vorstellungen und Zielsetzungen in die Arbeit einbringen. Letztlich steht diese Kategorie für eine hohe Identifikation mit der Produktion und dem Produkt, worüber man selbstwirksam in Erscheinung treten will. Die Subjekt- und Objektebene stehen dazu in wechselseitiger Beziehung zueinander. Sie deuten auf den „Doppelcharakter“ dinglicher Objekte hin (vgl. Bosch 2012: 52): Einerseits wird das Objekt im Prozess der Herstellung „subjektiviert“; der Akteur schafft über den Herstellungsprozess „mit Einsatz seiner subjektiven Ideen und unter Nutzung vorhandener kultureller Elemente Objektivierungen in Form von Dingen“ (ebd.). Andererseits wird das Subjekt „objektiviert“, indem das Objekt einen identitären Zugewinn für das Subjekt sicherstellt. Insgesamt ist dieser Prozess als Wechselwirkung von Objekt und Subjekt im Sinne des Symbolischen Interaktionismus zu verstehen (vgl. Blumer 2013: 64ff.; Misoch 2015: 9). Demnach handeln die Subjekte bezogen auf das Objekt/das Produkt nie ohne Bedeutung. Die Bedeutung des Produkts verändert sich zugleich durch das subjektorientierte Handeln.

Autonomie: Freie Entfaltung ist für die meisten Akteure wichtig. Einige lehnen auch Hierarchien ab und wollen schon darum selbstständig arbeiten. Andere, die Produkte nur neben der beruflichen Arbeit herstellen, sehen im Produktionsprozess und dem Produkt etwas, das ihnen im Erwerbsleben fehlt: Das Selbst spiegelt sich im Produkt wider, einige Akteure haben zudem Probleme damit, sich kollektiven Strukturen mit Verpflichtungscharakter anzuschließen. Zwar sind viele in Netzwerke eingebunden. In der Regel handelt es sich hierbei aber um informelle Beziehungsgeflechte und Interaktionsformen ohne Verpflichtungscharakter.

Authentizität: Die Kategorie *Authentizität* hat für alle Produktionstypen eine zentrale Bedeutung – zum einen im Sinne subjektbezogener *Echtheit* (man möchte als authentische Person wahrgenommen werden). Zum anderen objektbezogen – in Form des Produkts, das man selbst herstellt und worüber man mit anderen in Kontakt tritt. Folge ist, dass man sich für das Produkt in hohem Maße verantwortlich fühlt, weil man es selbst hergestellt hat. Gerade darum ist es den Akteuren wichtig, als aufrichtige, authentische und ehrliche Person wahrgenommen zu werden. Zudem fungiert *Authentizität* für einen Teil der Akteure als Abgrenzung gegenüber dem Massenmarkt, der für die Befragten symptomatisch für Verschleiß und Intransparenz ist. Darum möchten die Akteure ihre Produktionsbedingungen offenlegen. Das vermissen sie wiederum bei der Großindustrie. Auch überträgt sich der Anspruch an *Echtheit* und *Authentizität* auf andere Lebensbereiche. Daraus folgt, dass sich viele Akteure von politischen Strukturen lossagen, weil sie diese ebenso als intransparent und unehrlich erleben.

Unternehmerische Ziele und Strategien: Diese Kategorie gibt Aufschluss darüber, ob und inwiefern die Befragten unternehmerische Zielen verfolgen. Auffällig war, dass unternehmerische Bezüge nur bei einem Teil erkennbar wurden, die sich zudem graduell abstuften lassen. Für die meisten Befragten ist Gewinnerzielung kein primäres Ziel, wengleich ihnen Geldverdienen wichtig ist. Im Vordergrund stehen jedoch Spaß, Freude und das Selbsterstellen nach eigenen Vorstellungen. Für einen weiteren Teil sind zudem ethische und gesellschaftspolitische Aspekte handlungsleitend. In den allermeisten Fällen ist das Monetäre keine Produktionsvoraussetzung. Für einen Großteil darf das Unternehmerische auch nicht zulasten der Grundidee gehen.

Produktionskriterien: Diese Kategorie beschreibt die Produktionskriterien, nach denen die Akteure ihre Produkte selbst herstellen. Drei Tendenzen ließen sich erkennen: In einer ersten Perspektive stellen die Akteure nach eigenen Vorlieben und Vorstellungen selbst her. Zweitens werden Materialien so ausgewählt, dass sie bestimmten ökologischen oder sozialen Standards entsprechen. Dieser Prozess setzt in der Regel erst im fortgeschrittenen Stadium der Unternehmung ein. Das heißt, dass sich die Bedeutung eines Produkts, auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht, erst über den Tauschwert herausbildet (siehe zur Vertiefung das Kapitel 4.1.3) – und sich im Sinne des Symbolischen Interaktionismus (vgl. Blumer 2013: 65ff.) durch soziale Interaktionen über den Austausch mit Interessenten (später auch mit Kunden und Kundinnen) herausformt. Der Stellenwert des Produkts hat wiederum Auswirkungen auf das soziale Handeln und entsprechende Interaktionen. Drittens werden Produktionskriterien mit gesellschaftli-

chen Forderungen verknüpft: Ziel ist die Beeinflussung anderer über das Produkt. Das Produkt fungiert damit als Medium der Vermittlung, unter Umständen wird es sogar als Politikum verstanden. Die genauen Produktionskriterien, nach denen die Akteure selbst herstellen, werden in der jeweiligen Typendarstellung gesondert genannt und beschrieben.

Kundenorientierung und Distributionswege: Diese Kategorie konnte zunächst als Subkategorie des unternehmerischen Handelns identifiziert werden, sie wurde später aber als eigenständige Kategorie eingeführt. Hier zeigte sich, dass insbesondere die unternehmerischen Akteure Produktionskriterien als Folge von Kundenanbindungen festlegen. Meist setzt dieser Prozess nach dem ersten Feedback von Kunden und Kundinnen ein. Diejenigen, für die das Selbstherstellen ‚nur‘ ein Hobby- oder Nebenerwerb ist, bauen vorrangig Community-Bindungen auf, die sich auf Kontakte mit dem eigenen (und teils unmittelbaren) Umfeld reduzieren – in Einzelfällen werden darüber später Kundenbeziehungen (wenn das Projekt weiter professionalisiert wird). Community-Bindungen können daher als eine Art Vorform von Kundenanbindungen verstanden werden, da diese aus ihnen entstehen (können).

Gesellschaftskritik: Diese Kategorie wurde aufgrund der Frage im Leitfaden ermittelt, welches Gesellschaftsbild die Akteure haben. Sie ist in gewisser Weise als Vorstufe zum politischen Handeln (oder der politischen Handlungsabsicht) zu verstehen. Die Kategorie *Gesellschaftskritik* lässt sich in Beziehung setzen zur Sozial- und Künstlerkritik bei Boltanski und Chiapello (2003), wobei sich drei Perspektiven herausstellen lassen: Erstens wollen die Akteure in einer Gesellschaft leben, die ihnen die Freiheit ermöglicht, um das zu tun, was man für richtig hält. Dazu setzen die Akteure eine freie Gesellschaft voraus, sie engagieren sich aber nicht weiter gesellschaftspolitisch. In Anlehnung an Blühdorn könnte man von einer „Emanzipation zweiter Ordnung“ sprechen (Blühdorn 2013: 148f., vgl. Kapitel 4.3.2e). Zweitens will sich ein Teil der Befragten aktiv in die Gesellschaft einbringen, wobei sich die Gesellschaftskritik auf den eigenen Branchenkontext reduziert – die Arbeit selbst wird als sozialverantwortlich (nicht aber als politisch) verstanden. Erst eine dritte Gruppe, die *politischen Herstellertypen*, kritisiert die Gesellschaft als ganze. Diese Akteure verstehen sich und ihre eigene Arbeit als politisch – und sie engagieren sich zusätzlich in freien Netzwerken, NGOs oder gründen eigene Initiativen, wenngleich sie – bis auf Ausnahmen – in keiner Partei oder Gewerkschaft sind.

Insgesamt lässt sich die Kategorie *Gesellschaftskritik* in dieser Studie damit als Schnittmenge von Künstler- und Sozialkritik verstehen: Einerseits wird Individualität und Handlungsfreiheit vorausgesetzt. Andererseits kritisiert man die Gesellschaft, weil sie nicht sozial- oder ökologisch verantwortlich ist – darum will man selbst wirksam werden. Die dritte Perspektive geht zusätzlich mit klaren Forderungen für gesellschaftlichen Wandel einher, an dem man mitwirken will. Diese Form der Kritik setzt an einem bewussteren Umgang mit Ressourcen an, sie wird aber deutlich schärfter und offensiver formuliert – sie zielt auf politische Rahmenbedingungen ab und deutet auf ein aktives Bürgerverständnis hin. Diese Kritikform kommt der Sozialkritik bei Boltanski/Chiapello durchaus nahe, bezieht sich in der Mehrheit aber auf ökologische

Fragestellungen. Vor allem die hier genannte dritte Perspektive stellt eine Dimension des politischen Handelns dar und geht über Arbeitsformen hinaus.

Verantwortungsbewusstsein: Diese axiale Kategorie knüpft an die vorherige an und stellt eine Vertiefung zur Frage dar, wie sich ein gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein im Produktionsprozess herausbildet – und sie hat letztlich zwei Dimensionen: Zum einen steht sie für *interne* Unternehmensverantwortung, die sich auf den eigenen Arbeitskontext oder das Innere des Unternehmens (oder des Projekts/Labels) bezieht. Zum anderen lässt sich eine *externe* Unternehmensverantwortung bestimmen, die auf gesellschaftliche Problemkontakte verweist – die erste Form bezieht sich auf die Tätigkeit selbst und meint sowohl Verantwortung gegenüber sich selbst (Verdiene ich genug Geld? Mache ich ausreichend Urlaub?) als auch eine mögliche Mitarbeiter*innenverantwortung (Wie werden meine Mitarbeiter*innen bezahlt? Wie werden sie geführt?). Die zweite Form zielt auf gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen ab, die von Unternehmen und Solo-Selbstständigen beeinflusst werden (können). Ergebnis dieser Studie ist, dass letztere²² dominiert. So bildet sich ein gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein oft erst im Kontakt mit anderen, mit dem eigenen Netzwerk oder mit Kunden und Kundinnen, heraus. Auf die jeweiligen Unterschiede wird in den einzelnen Typen näher eingegangen.

Einfluss und Beeinflussung: Diese Kategorie steht für zwei Prozesse: Erstens möchte ein Teil der Befragten Einfluss über das Produkt auf die Umwelt, das Umfeld oder den Kundenkreis haben (produktbezogener Einfluss). Zweitens geht es um thematischen Einfluss, um Agenda-Setting und damit um gegenstandsbezogene Einflussnahme. Bei der gegenstandsbezogenen Einflussnahme kommt somit ein zentraler Punkt hinzu: Man möchte nicht nur etwas von sich weitergeben und *Einfluss haben*. Man will andere *beeinflussen* – indem man zum Beispiel Forderungen stellt und hofft, dass auch andere so handeln. Letzteres korreliert wiederum mit dem Anspruch an Wissensvermittlung, indem man über das Produkt einen entsprechenden Diskurs erzeugen will, und auch hier lassen sich zwei Perspektiven unterscheiden: Erstens geht es um branchenbezogene oder brancheninterne Wissensweitergabe und -vermittlung. Oft steht damit die gegenseitige Unterstützung zu Standortfragen oder ähnlichem im Zentrum. Zweitens ist die Vermittlung von Wissen über Branchengrenzen hinaus handlungsleitend. Hier spielt der gesellschaftliche Diskurs eine zentrale Rolle, zu dem man anregen will. Das Produkt ist hierzu Mittel zum Zweck. In der Regel geht es damit um die Frage nach politischen Rahmenbedingungen und Konsequenzen von Handlungen.

22 Damit ist Verantwortung ethisch konnotiert, was für den Verantwortungsbegriff nicht grundsätzlich gilt. Wie Dagmar Fenner herausgearbeitet hat, ist der Begriff Verantwortung kein „ethisches Prinzip“ (Fenner 2020: 42). Zum ethisch normativen Prinzip oder Konzept wird er erst „durch die nähere Konkretisierung, wer für welche kausalen Folgen seines Handelns unter welchen ethischen Bewertungsmaßstäben verantwortlich sein soll“ (ebd.). In dieser Studie bezieht sich der Verantwortungsbegriff auf ökologische und/oder fair-soziale Produktionskonzepte, was nicht generalisierend gilt (siehe zum Verantwortungsbegriff auch die Fußnote 68 auf Seite 227).

Entscheidend ist, dass alle Akteure die freie Entscheidungsfindung eines jeden Einzelnen als wichtig erachten. *Einfluss ausüben* oder *andere beeinflussen wollen* bezieht sich damit auf kein Einfluss-Verständnis Luhmanns, wonach *Einfluss* ein „Zugewinn an Macht“ (Luhmann 2002:39, H. I. O.) darstellt und auf kollektiv bindende Entscheidungen abzielt. *Einfluss ausüben* oder *andere beeinflussen wollen* bedeutet, die Meinungen anderer und ihre Entscheidungen weitestgehend zu akzeptieren, sofern sie demokratisch vertretbar sind. Es geht, im Sinne Arendts, um die Akzeptanz des anderen basierend auf der Prämisse Pluralität, oder in Rekurs auf Kant, um die Selbstverpflichtung des Subjekts. Auf die unterschiedlichen Einfluss- und Beeinflussungsstrategien wird in den jeweiligen Typen näher eingegangen.

Netzwerkbildung: Diese Kategorie gibt Aufschluss über die Einbindung in kollektive Strukturen, die sich auf die Arbeit oder das gesellschaftliche Engagement beziehen. Zwei Tendenzen waren im Datenmaterial erkennbar: Zum einen dienen Netzwerke der Unterstützung von Arbeitsleistungen; es geht um Arbeitsstrategien und inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Zum anderen stehen inhaltliche Vertiefungen und Mobilisierungen im Vordergrund. Diejenigen, die einen Nachhaltigkeitsansatz verfolgen, besuchen auch regelmäßig Netzwerktreffen oder Veranstaltungen, um dort auf andere Expertinnen und Experten zu treffen. Teils halten sie dort Vorträge. Man will sich informieren, andere informieren und mobilisieren. In der Regel sind die Netzwerke lose organisiert. Das trifft auf nahezu alle Produktionstypen zu. Oft ist der eigene Freunden- oder Bekanntenkreis auch Teil des Netzwerkes, auch verschwimmen die Grenzen zwischen Netzwerk und Kundenkreis. Die Netzwerke setzen weder feste Regeln noch institutionalisierte Strukturen voraus.

Selbstverständnis als politischer Akteur: Diese Kategorie ließ sich aus dem Abschnitt „Arbeit und Politik“ des Leitfadens bestimmen. Von Interesse war hier, ob die Akteure ihr Handeln als politisch verstehen und welches Selbstverständnis sie von sich als Akteur haben. Diese Kategorie knüpft an die Kategorien *Gesellschaftskritik*, *Einfluss und Beeinflussung* sowie an *Verantwortung* und *Produktionskriterien* an. Sie stellt in gewisser Weise eine Vertiefung zur Frage dar, ob die Akteure politische Ziele in Arbeitsprozessen verfolgen. Gefragt wurde überdies nach dem möglichen Interesse an Politik und politischen Themenfeldern. Daraus ließen sich wiederum Schlüsse zum politischen Kompetenzgefühl der Akteure ziehen, auch konnten Positionen zur Politik und zu Parteien herausgearbeitet werden. Letzteres ließ wiederum Rückschlüsse auf die politische Responsivität zu.

Politische Ziele und Strategien: Diese Kategorie knüpft an die des „Selbstverständnisses als politischer Akteur“ an. Zentrale Frage war, ob politische Ziele und/oder Strategien durch entsprechende Aussagen im Datenmaterial zu erkennen waren: Sind die Akteure politisch aktiv? Sind sie in einer Partei, in einem Verein, in einer Organisation oder Gewerkschaft engagiert oder organisiert? Wenn ja, mit welchem Ziel? Wenn nein, was sind die Gründe dafür? Hier galt es zu überprüfen, ob diejenigen, die sich als politisch verstehen (oder als politische Akteure verstanden werden können), auch politische Ziele verfolgen.

Subjektivierung von Arbeit: Diese Kategorie ist, wie bereits dargelegt, im Grunde theoretisches Material. Sie wird an dieser Stelle aber als Kategorie aufgeführt, weil die zentrale Frage dieser Studie auf Subjektivierungsprozesse abzielt und sich alle anderen Kategorien darauf beziehen lassen. Zu erkennen war, dass nahezu alle Befragten eigene Bedürfnissen über Arbeitsprozesse formulieren: Die Befragten identifizieren sich in hohem Maße mit ihrer Arbeit und dem Produkt. Bei einigen verbindet sich der Anspruch an gute Arbeit zusätzlich mit ethisch-ökologischen oder fair-sozialen Zielsetzungen. In den seltensten Fällen erleben die Befragten das Selbstherstellen jedoch als subjektive Überforderung, wenngleich das nicht bedeutet, dass sie keinen gesamtgesellschaftlichen Anforderungen nachkommen, da ein konsumkritischer Käuferkreis ökologische oder fair-soziale Produkte verlangt.

Entgrenzung von Arbeit: Die Arbeitsformen des Selbstherstellens lassen sich insgesamt als Atypisierung von Arbeit verstehen. Klare Zeitgrenzen und Zeitmuster, räumliche Grenzen, aber auch klare Arbeitsrollen und Grenzen zwischen Privatem und Beruflichem verschwimmen. In den allermeisten Fällen handelt es sich hierbei um Übergänge von der Freizeitgestaltung hin zur monetären Unternehmung, meist bleibt das Selbstherstellen jedoch eine Form der Mehrfachbeschäftigung. Die Arbeit nimmt insgesamt viel Platz im Leben der Akteure ein. Zum einen liegt das daran, dass die Übergänge von einzelnen Arbeitsformen fließend sind. Zum anderen verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeitshandeln und Privatem, bei den politischen Akteuren auch zu politischem Engagement. Entgrenzung bedeutet damit, dass die Grenzen von Arbeit, Herstellen und Handeln fließend sind: Das Politische reduziert sich weder auf einen eindeutig identifizierbaren Bereich, noch ist das Selbstherstellen nur eine Form der Arbeit.

Subjektivierung des Politischen: Diese Kategorie beschreibt zum einen das subjektive Erleben, Empfinden und Handeln in Bezug auf gesellschaftspolitische Vorstellungen, zum anderen das Verhältnis gegenüber der Politik und politischen Institutionen. Deutlich wurde im Forschungsverlauf, dass die Akteure den Anspruch erheben, sich neue Handlungsspielräume über ihr Arbeitshandeln zu erschließen – zum Teil werden diese Spielräume eingefordert und gehen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen einher (Produktionstyp 3). Während viele der Motive in Anlehnung an Alfred Schütz als „Weil-Motive“ verstanden werden können, da soziale Handlungen auf frühere Abfolgen zurückzuführen sind, deuten die Handlungen, die auf unternehmerische und politische Motive verweisen, vorrangig auf „Um-zu-Motive“ hin. Wie bereits dargelegt, verkörpern „Um-zu-Motive“ die Absicht, „in der Zukunft ein gewisses Ziel zu erreichen“ (Münch 2002: 201).

Zwei Ebenen konnten hierzu unterschieden werden: Zum einen ließ sich eine intrasubjektive Ebene auf der Mikroebene bestimmen. Hiermit sind die intraindividuellen Kontextbedingungen des Subjekts und das soziale Handeln gemeint. Zentrale Frage war, welche Ziele die Akteure in Arbeitsprozessen verfolgen. Davon ließ sich die intersubjektive Ebene unterscheiden, die auf das soziale Bindeglied, sprich auf die Einbindung der Individuen in soziale Netzwerke, Parteien, Vereine oder Organisationen etc. verweist. Zum Schluss konnte dazu eine Makroperspektive gebildet werden. Hier stellte sich die Frage, in welchem Rahmen sich intra- und intersubjektive Subjektivierungen vollziehen.

Entgrenzung des Politischen: Diese Kategorie knüpft an das theoretische Material zur Subjektivierung von Arbeit und des Politischen an. Sie ist eng mit der Kategorie *Gesellschaftskritik* verknüpft. Prozesse der Entgrenzung des Politischen deuten in erster Linie auf die Auflösung einst klar formalisierter Strukturen und Arenen des Politischen hin. Maßgeblichen Einfluss darauf haben drei Dinge: Erstens entgrenzen Zeitmuster die Arbeit, was wiederum Einfluss auf die Zeitstrukturen von gesellschaftlichem Engagement hat (Frage: Wie viel Zeit bleibt für politisches oder gesellschaftliches Engagement neben der Arbeit?). Zweitens wird Arbeit und das Private entgrenzt (Frage: Zeigen sich politische Perspektiven im Privatbereich oder im Arbeitskontext?). Drittens verschwimmen räumliche Grenzen durch neue Möglichkeiten der mobilen Mitbestimmung oder über Partizipationsmöglichkeiten im Netz (Beispiel: Crowdfunding als ‚Mobilisierung für eine Sache‘). *Entgrenzung des Politischen* beschreibt damit insgesamt strukturelle Veränderungen des Politischen.

Typenbildung

Wie konnten aus den Kategorien und Konzepten entsprechende Typen²³ gebildet werden? In Anlehnung an Kelle/Kluge lassen sich vier Stufen und Schritte der Typenbildung anführen (vgl. Kelle/Kluge 2010: 91f.), nach denen in dieser Studie vorgegangen wurde: In einem ersten Schritt ging es um die „Erarbeitung relevanter Vergleichsdimensionen“ – im Zentrum stand die Herausarbeitung von Merkmalen und Unterscheidungen aufgrund der Kodierung des qualitativen Datenmaterials, um gewonnene Kodes, Kategorien und Subkategorien zu systematisieren. In einem zweiten Schritt wurde die „Gruppierung der Fälle und Analyse empirischer Regelmäßigkeiten“ vorgenommen (ebd.: 91, H. i. O.). Das heißt, die Fälle wurden hinsichtlich empirischer Regelmäßigkeiten untersucht und im Sinne von „Fallkontrastierungen“ miteinander verglichen. Drittens ging es um die „Analyse inhaltlicher Sinnzusammenhänge“ (ebd.). Hierzu wurden Gruppen und Merkmalskombinationen auf nur wenige Typen reduziert. Viertens wurden die gebildeten Typen charakterisiert und daraufhin miteinander verglichen.²⁴ Insgesamt ließen sich darüber drei zentrale Typen bestimmen, die im Folgenden Produktions- bzw. Herstellungstypen genannt werden und die jeweils drei weitere Subtypen subsumieren. Die drei zentralen Typen sind die *produktionsorientierten, ethischen und politischen Selbsthersteller*innen*. Zur Herausbildung dieser Typen bedurfte es allerdings mehrerer Zwischenschritte: Zunächst war es

23 Im Folgenden wird von „Typ“ anstelle eines „Typus“ gesprochen. Die Unterscheidung von „Typ“ und „Typus“ ist in der empirischen Sozialforschung allerdings nicht trennscharf (vgl. Kelle/Kluge 2010: 83ff.), wobei mit dem Begriff „Typus“ meist die „gebildeten Teil- oder Untergruppen“ bezeichnet werden, „die gemeinsame Eigenschaften aufweisen und anhand der spezifischen Konstellation dieser Eigenschaften beschrieben und charakterisiert werden können“ (ebd.: 83) – im Zentrum stehen entsprechende „Merkmalskombinationen“ (Kluge 1999: 85). Zudem verweist der Typusbegriff auf das „Generelle und Abstrakte“ (ebd.: 87). Darum eignet sich der Begriff Typ für diese Studie besser, weil er möglichst klare Unterschiede geltend macht.

24 Typen sind als keine geschlossenen Einheiten zu verstehen. Sie sind „Ausschnitte der Wirklichkeit unter zuvor definierten Gesichtspunkten“ (Kluge 1999: 24). Das bedeutet, dass es im Folgenden zu Überlappungen einzelner Typen kommt. Auch gibt es Fälle, die sich sowohl in den einen als auch in den anderen Typ eingruppieren lassen. Die Grenzfälle und Überläufer werden an den entsprechenden Stellen näher erläutert.

wichtig, die Fälle nicht zu streng nach klar abgrenzbaren Kriterien zu gruppieren, da sich Überschneidungen zeigten. Zugleich brauchte es klare Unterscheidungsmerkmale, um den jeweiligen Typ zu charakterisieren.

Wie wurde vorgegangen? Zunächst wurden zwei zentrale Ebenen voneinander unterschieden – die „Ebene des Typus“ von der „Ebene der Typologie“. Über erstere wurde nach „Gemeinsamkeiten aller Elemente dieses einen Typus“ gesucht (Kluge 1999: 28, H. i. O.), über die zweite Ebene sollte eine „Abgrenzung zwischen den einzelnen Typen“ geschaffen werden. Bei letzterem ging es um das Herausstellen von Differenzen, um eine „möglichst hohe externe Heterogenität“ zu erzeugen (ebd.). In der Gesamtheit wurden durch beide Verfahren sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten herausgearbeitet.²⁵

Zunächst schien es allerdings sinnvoll, und notwendig, die Produktionstypen nur nach Arbeitsform(en) und dem Erwerbsstatus zu unterscheiden: Ist das Selbstherstellen ein Hobby, Nebenerwerb oder die hauptberufliche Tätigkeit? Die Klärung dieser Frage war vorab wichtig, um das Feld der Arbeitsformen nach den Zielsetzungen der Akteure zu strukturieren, um es im Anschluss mit möglichen Aussagen zu gesellschaftspolitischen Zielen in Verbindung zu setzen. Folgende drei Produktionstypen können unterschieden werden:

1. *Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen*
2. *Teilzeit-Unternehmer*innen*
3. *Vollzeit-Unternehmer*innen*

Der Typ *Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in* umfasst diejenigen Akteure, die Produkte in ihrer Freizeit oder in Form eines Hobbys selbst herstellen. Inbegriffen sind zudem diejenigen, die sich bereits im Studium (Modedesign o.ä.) befinden oder nebenher erste Prototypen anfertigen. Da sich die Akteure im Spannungsfeld von Gestaltungsprozessen neben der Erwerbsarbeit und neuen Unternehmensformen bewegen²⁶, wurde das Begriffspaar *Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in* gewählt.

Der zweite Produktionstyp, der/die *Teilzeit-Unternehmer*in*, ist bereits Erwerbstyp. Im Gegensatz zum *Hobbybastler-/zur Freizeitgestalter*in* stellt dieser bereits eigene Produkte nebenberuflich her. Seinen Haupterwerb erzielt er aber anderweitig. Die Übergänge zu den *Vollzeit-Unternehmer*innen* sind zudem fließend, oft liegt auch eine Mehrfachbeschäftigung vor. Die *Teilzeit-Unternehmer*innen* stellen sich meist ab einem gewissen Punkt die Frage, ob sich die Produktion hauptberuflich umsetzen lässt. Die *Vollzeit-*

25 Damit wurden prototypische Fälle teils sogar bewusst ‚konstruiert‘, um eine empirische Gegenevidenz zu erzeugen und Abgrenzungen zu anderen Typen kenntlich zu machen (vgl. Kelle/Kluge 2010: 43ff.; Kluge 1999: 61ff.). Darüber konnten wiederum Unterscheidungen sichtbar werden, die den jeweiligen anderen Typ charakterisieren. Dazu sollte die Typologie auf der Ebene der Typen *maximal intern homogen* sein, auf der Ebene der Typologie *maximal extern heterogen* (vgl. Kelle/Kluge 2010: 83ff.). An einigen Stellen war es sogar hilfreich, sogenannte „idealtypisch[e] Konstrukte“ in Anlehnung an den Weberschen „idealtypus“ zu bilden (ebd.: 105, H. i. O.), was im Folgenden an entsprechenden Stellen deutlich gemacht wird.

26 Das Wort Bastler*in wurde allerdings von keinem der Akteure des Samples als Selbstzuschreibung oder Beschreibung der eigenen Arbeit verwendet.

*Unternehmer*innen* (Typ 3) charakterisieren dagegen Erwerbstypen in Vollzeit. Das heißt nicht, dass sie von ihren Einnahmen (angemessen) leben können, wenngleich das meist ein mittel- bis langfristiges Ziel ist. Vielmehr sind auch hier die Grenzen von *Teilzeit-* zu *Vollzeit-Unternehmer*innen* fließend. Auch finden sich in dieser Gruppe sowohl Akteure, die sich Praxiswissen informell (selbst) aneignen, als auch welche, die ihr Wissen über ein Studium oder eine andere formale Qualifikation erworben haben.

Die Einteilung in die drei unterscheidbaren Produktionstypen gab allerdings noch keinen Hinweis darauf, ob politische Zielsetzungen in Produktionsprozessen verfolgt werden. Dazu bedurfte es der Herausbildung drei weiterer Typen, die bereits angeführt wurden. Diese sind:

1. *die produktionsorientierten Selbsthersteller*innen*
2. *die ethischen Selbsthersteller*innen*
3. *die politischen Selbsthersteller*innen*

Bei den *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* (Typ 1) stehen der Produktionsprozess und das Produkt im Vordergrund. Diese Produktionstypen verkörpern eine doppelte Vergegenständlichung von Arbeit im Sinne Marx': zum einen bezogen auf die Arbeit (Produktion), zum anderen in Bezug auf das Produkt (vgl. Kapitel 4.1.3). Sinnkontakte sind handlungsleitend. Subjektivierungsprozesse bilden die normative Ebene der Subjektivierung nach Baethge (1991) ab.²⁷ Arbeitsinhaltliche Zielsetzungen (Themenschwerpunkte, die über Arbeit gesetzt werden) sind allerdings sekundär oder gar nicht existent. Auch bilden sich Qualitätsansprüche – nach Hannah Arendt das Bleibende und Dauerhafte von Produkten (vgl. Kapitel 4.1.2) – erst heraus, wenn die Produktion unternehmerisch angegangen wird. Das Bleibende lässt sich damit im doppelten Sinne verstehen: zum einen als Vergegenständlichung des Subjekts – man möchte sich über ein Produkt vergegenständlichen und darüber etwas von sich weitergeben. Zum anderen soll das Produkt etwas Bleibendes schaffen und hinterlassen; es soll für Haltbarkeit und Langlebigkeit stehen und keine Massenware sein. In der Gesamtheit verfolgt dieser Produktionstyp das Ziel, ein Produkt herzustellen, das eigenen Vorstellungen entspricht. Es geht im Sinne Richard Sennetts um eine „handwerkliche Orientierung“ (Sennett 2009: 32) als „Arbeit um ihrer selbst willen“ (ebd.: 19).

Der zweite Produktionstyp, der *ethische Selbsthersteller/die ethische Selbstherstellerin*, hebt die Produktverkörperung auf eine nächste Stufe: In den Vordergrund rücken ethische Standards. *Ethisch* bezieht sich hier auf das Spannungsfeld von ökologischen und fair-sozialen²⁸ Produktionskriterien und das heißt auch, dass sich der normative Sinnanspruch nach Baethge (1991) mit einer ökologischen und sozialverantwortlichen Ebene verbindet: Es geht um die „Herstellung eines Gleichgewichts zwischen uns und

²⁷ Siehe zur Vertiefung der verschiedenen Subjektivierungsformen das einleitende Kapitel 2.3.

²⁸ Das Fair-Soziale wurde eingangs als Prozess des sozialverantwortlichen Arbeitshandelns verstanden, das über das reine ökologische Handeln hinausgeht: Gemeint sind mögliche Kooperationen, die im Arbeitskontext zustande kommen (mit sozialen Einrichtungen, politischen Initiativen etc.). Das Fair-Soziale kann sich aber auch auf faire Vergütungen, das Voranstellen von Lieferkettentransparenz oder die Auswahl von Materialien beziehen, die nicht nur ökologieverträglich sind, sondern auf fairen Arbeitsbeziehungen basieren.

den Ressourcen der Erde“ (Sennett 2009: 24). Allerdings resultieren daraus keine unmittelbaren politischen Anspruchshaltungen oder Forderungen, die an Außenstehende adressiert werden.

Letzteres vollzieht sich erst beim dritten Produktionstyp, dem *politischen Selbstersteller/der politischen Selbsterstellerin*. Dieser Typ verknüpft gesellschaftspolitische Zielsetzungen mit politischen Forderungen. Der politische Akteur will in der Gesellschaft Grundlegendes verändern und versteht seine Arbeit als Form der gesellschaftspolitischen Interaktion – Ziel ist es, auf „Regelungen des Zusammenlebens“ hinzuwirken, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen“ (Meyer 2006: 47). Das heißt nicht, dass sie verbindlich sind. Es bedeutet nur, dass sich die normative Perspektive der Subjektivierung mit einem gesellschaftspolitischen Anspruch (*reklamierende* als *politische Subjektivierung*) verbindet – in den Vordergrund treten „sinnhafte Prozesse der (individuellen und kollektiven) Deutung“ (Kleemann et al. 2003: 90), die auf eine politische Perspektive hindeuten. Die *normative* Subjektivierung ist damit zugleich eine *aktive* – eine Aktivierung für gesellschaftliche Belange.

Im nächsten Schritt wird im Sinne der Erkenntnisgewinnung dargelegt, wie sich ein entsprechender politischer Produktionstyp bestimmen lassen kann. Wie eingangs angeführt, wurde das, was als politisch gelten kann, nicht im Vorfeld definiert. Es ist in Anlehnung an das Datenmaterial entwickelt worden. Drei Fragen galt es dazu zu klären: Wie lässt sich ein Selbstverständnis des politischen Akteurs bestimmen? Ab wann kann eine soziale Handlung als politisch intendiert gelten und ab wann kann von politischem Handeln gesprochen werden? Und wie grenzt sich politisches Handeln von ethischem Handeln ab?²⁹

6.1.5 Wie lässt sich das Selbstverständnis als politischer Akteur bestimmen?

Ein „Selbstverständnis als politischer Akteur“ gilt in der Politikwissenschaft als „grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger [...] mit politischen Vorgängen beschäftigen und politisch handeln“ (Massing 2012: 264). Das Selbstverständnis als politischer Akteur wird in der empirischen Sozialforschung bislang in Form dreier Konzepte untersucht (vgl. ebd; siehe auch Niedermayer 2005: 20ff.): anhand des politischen Wissens, des politischen Interesses und politischen Selbstbewusstseins.

Allerdings wird das Selbstverständnis als politischer Akteur bislang rein standardisiert erhoben, wodurch sich das Wissen auf rein situative Zuordnungen zu einem Themenfeld bezieht, das durch die Umfrage als solches erst zu einem politischen Thema werden kann.³⁰ Auch wird in den Umfragen nur dasjenige Wissen abgefragt, welches sich

29 Zu jedem dieser Typen lassen sich zusätzlich weitere Untertypen zuordnen, da in dieser Typologie noch keine Unterscheidungen nach den drei zuvor benannten Arbeits-/Erwerbsformen (Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in, Teilzeit-Unternehmer*in sowie Vollzeit-Unternehmer*in) vorgenommen worden sind.

30 Urban/Mayerl verdeutlichen dieses Problem am Beispiel der politischen Einstellungsuntersuchung, wonach Einstellungen oft erst „durch die Messung“ aufgrund von Aussagen zu politischen Sachthemen werden (Urban/Mayerl 2013: 260). Die Herausbildung „von intraindividuell zentralen und stabilen politischen Einstellungen“ wäre darum eher „als Ausnahme denn als Regel der personalen kognitiven Verarbeitung von politischen Themen“ zu verstehen (ebd.: 261).

direkt auf politikformalistische Fragestellungen (Parteien und die institutionelle Politik sowie darauf bezogene Sachverhalte etc.) bezieht – und das gilt auch für das politische Interesse. Folglich ist das „Selbstverständnis als politischer Akteur“ an ein *enges* Politikverständnis angelehnt. Ein mögliches gesellschaftspolitisches Wissen oder Interesse, das sich fernab davon bewegt (z.B. die mögliche politische Dimensionierung kreislauf-fähiger Produktionsverfahren etc.), gerät in den Hintergrund. Darum wurde in dieser Studie zusätzlich Raum für jenes Wissen gelassen, das sich fernab eines klassischen Politikverständnisses als politikspezifisches Wissens verstehen lassen kann.

Politisches Wissen:

Zum politischen Wissen der Bürger existierte lange „keine Forschungstradition mit empirischen Ergebnissen“ (Niedermayer 2005: 20). Das politische Wissen wird in der Politikwissenschaft bis heute über sogenannte Items als „Faktenwissen bzw. deklaratives Wissen“ abgefragt (Westle/Tausendpfund 2019: 6). Allerdings gibt es keinen übergeordneten „Kanon an Fragen“, der eine Vergleichbarkeit zulässt (Bathelt et al. 2016: 184). Auch schwankt das Wissensniveau der Deutschen über die Jahre hinweg schwer (vgl. ebd.). Studien belegen allerdings, dass die Verteilung von politischem Wissen im Aggregat über die Jahre trotz gesellschaftlichem Strukturwandel „relativ stabil verteilt“ ist (ebd.: 182).³¹ Insgesamt lässt sich sagen, dass die „Determinanten politischer Kenntnisstände [...] multikausal“ sind. Die Trias aus „Fähigkeiten, Motivationen und Möglichkeiten“ stellt eine „Vielzahl möglicher Prädikatoren“ dar (ebd.: 201), wobei im Bereich individueller Fähigkeiten bislang die Bildung und das Geschlecht von zentraler Bedeutung sind, „während sich unter politischer Motivation das Interesse und die subjektive Kompetenz als zentral für den Erwerb politischen Wissen[s] erwiesen haben“ (ebd.).

Angemerkt werden muss allerdings, dass das „politische Wissen“ in den Interviews dieser Studie in der Form nicht abgefragt werden konnte. Das lag schon daran, dass die ersten Pretests ergaben, dass eine Thematisierung politischer Sachverhalte in den Interviews für viele befremdlich wirkte. So gab es nicht wenige zu erkennen, dass sie weder sich noch ihre Arbeit als politisch verstehen. Nachfragen und entsprechende Vertiefungen wirkten dementsprechend gekünstelt und waren nur dann sinnvoll, wenn die Befragten selbst den Anstoß zu politischen Themen gaben. Das heißt, dass zum Einfluss eines politikformalistischen Wissens auf das „Selbstverständnis des politischen Akteurs“ in dieser Studie keine eindeutigen Schlüsse gezogen werden können. Gleichwohl zeugten viele Aussagen von einem detaillierten und teils fundiertem Wissen, das sich auf „die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema“ (van Deth/Zorell 2020: 398) bezieht. Damit lässt sich durchaus ein kausaler Zusammenhang von politischem Interesse, politischem Selbstbewusstsein und einem „Selbstverständnis als politischer Akteur“

³¹ Während der politische Kenntnisstand der Deutschen in den ersten beiden Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik „ausgehend von einem niedrigen Niveau deutlich angewachsen war“, fiel er zunächst in den 1980/90er Jahren wieder ab, ehe seit den 1990er Jahren wieder ein „leichter Aufwärtstrend“ folgte (Bathelt et al. 2016: 184).

erkennen, wenngleich das Selbstverständnis nicht das ist, was die Politikwissenschaft darunter im engen Sinne versteht.³²

Politisches Interesse:

Nach Niedermayer ist ein „gewisses Interesse der Bürger an Politik“ eine „notwendige Voraussetzung der Funktionsfähigkeit demokratischer politischer Systeme“ (Niedermayer 2005: 20; siehe auch Pickel 2012: 40). Bei der Analyse des politischen Interesses unterscheidet er in Anlehnung an van Deth (2000) zwei zentrale Aspekte: a.) das „subjektive politische Interesse“ von b.) der „persönliche[n] Bedeutung der Politik“ (Niedermayer 2005: 20).³³ Während das subjektive politische Interesse für das „Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird“, steht, zielt die persönliche Bedeutung der Politik auf „das relative Gewicht, das politische Angelegenheiten im Vergleich zu anderen Lebensbereichen haben“, ab (Niedermayer 2005: 20; siehe auch Massing 2012: 264).³⁴ Massing fügt den Aspekten des politischen Interesses noch einen dritten Punkt hinzu, und zwar das „Streben, die Merkmale des Gegenstandsbereichs Politik vollständig zu explorieren, was mit Wissenserwerb und Erkenntnisgewinnung verbunden ist“ (Massing 2012: 264).³⁵ Insgesamt zeigen die Befunde, dass das politische Interesse bis heute „stark mit dem Bildungsgrad und der subjektiv empfundenen Schichtzugehörigkeit“

32 Angemerkt werden muss, dass das Wissen in der politikwissenschaftlichen Policy-Analyse seit Mitte der 1990er Jahre auch anders verstanden wird: Es wird – durch die interpretative und argumentative Wende beeinflusst – auch „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen im Rahmen neuer Netzwerke“ analysiert (Münch 2016: V). Wie einleitend erwähnt (siehe Kapitel 3.2), steht dazu das Argument im Vordergrund, dass „Politikverläufe nicht mehr nur aus Nutzenmaximierungskalkülen erklärt oder als rationale Problemlösung verklärt“ werden, „sondern [...] sprachlich vermittelte und geprägte Interpretationsprozesse und Interpretationskämpfe“ sind. Auch Kenner, Netzwerke und Gremien sind dadurch in den Blick geraten, die Wissen von außerhalb an die Politik herantragen (vgl. Fischer 1997: 264f.; Rüb/Straßheim 2012: 384f.). Allerdings hatte die interpretative Policy-Analyse keinen nennenswerten Einfluss auf das hier dargelegte politische Wissen im Konzept des „Selbstverständnis des politischen Akteurs“.

33 Beide Aspekte müssen Niedermayer zufolge nicht zwangsläufig positiv miteinander korrelieren, „d.h. wenn Politik bei einem Individuum Neugier hervorruft, muss sie nicht unbedingt auch große Bedeutung in seinem Leben haben“ (Niedermayer 2005: 20f.).

34 Wie Katja Neller herausgearbeitet hat, taucht das politische Interesse in der Politikwissenschaft „unter verschiedenen Begriffen und in verschiedenen Kontexten auf“ (Neller 2002: 489) – so etwa als „System der kognitiven Orientierungen“, als „Aufmerksamkeit‘ gegenüber politischen Geschehnissen“ (*politische Involvierung*), als „Ausmaß an bewusster Beschäftigung mit Politik“ (*Political Awareness*), als „individuelle Einschätzung der Bedeutung von Politik“ (*Political Saliency*) sowie als „Neugier“ oder als „Political Sophistication“ im Sinne einer „Fähigkeit zur strukturierten Aufnahme und Verarbeitung politischer Informationen“ (ebd.). Die am häufigsten verwendete Form sei jedoch das subjektive politische Interesse, bei dem die Befragten die Stärke ihres politischen Interesses einschätzen sollen (vgl. ebd., siehe weiterführend dazu Lange et al. 2013; van Deth 2013b; Bathelt et al. 2016: 188; Onken/Lange 2018).

35 Im Grunde führt Massing darüber das politische Wissen mit dem politischen Interesse zusammen. Er betont, dass das politische Interesse „kein stabiles Persönlichkeitsmerkmal“, sondern ein „subjektiver Aktivierungszustand“ sei, „der variiert mit biografischen Phasen und situationsspezifisch im Zusammenhang mit äußeren politischen Ereignissen steht“ (Massing 2012: 265).

korrespondiert (Pickel 2018: 176). Auch führt es zu einer „größeren politischen Handlungsbereitschaft“ (Massing 2012: 264).³⁶

Die Ergebnisse dieser Studie demonstrieren allerdings, dass weder von einem klaren subjektiven politischen Interesse noch von einer persönlichen Bedeutung der Politik im Verständnis der politikwissenschaftlichen Forschung gesprochen werden kann. Beides lehnt sich an ein Politikverständnis an, das sich auf die institutionelle Seite der Politik bezieht (vgl. Niedermayer 2005: 20). Gleichwohl zeigten sich viele Befragte – vor allem die *ethischen* und *politischen* Typen – gesellschaftspolitisch interessiert. Dieses Interesse zeugt jedoch von keiner „Neugier, das der Politik entgegengebracht wird“ (ebd.). Es bezieht sich auf die bereits genannte „Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema“ (van Deth/Zorell 2020: 398). Ökologische Themen und Lösungsansätze stehen hierbei im Vordergrund. Das politische Interesse bezieht sich damit auf keine Parteienpolitik o.ä. Es richtet sich auf gesellschaftliche Problemlagen, die das eigene Leben und die Arbeitswelt tangieren, wenngleich man diskutieren kann, ob es sich hierbei um ein politisches Interesse handelt.

Politisches Selbstbewusstsein:

Der dritte Baustein im Konzept des „Selbstverständnisses als politischer Akteur“ ist das politische Selbstbewusstsein. In der Forschung wird es meist mit einem „staatsbürgerlichen Selbstbewusstsein“ („sense of political efficacy“) in Verbindung gebracht. Gemeint ist, dass zu einer „modernen Staatsbürgerrolle“ ein „gewisses Maß an staatsbürgerlichem Selbstbewusstsein gehört“ (Niedermayer 2005: 29ff.). Angewendet wird das Konzept in der empirischen Sozialforschung bereits seit den 1950er Jahren (ebd.; siehe auch Vetter 2002: 379f.). Zur Messung wurden in Umfragen anfänglich immer jeweils vier Aussagen ausgewertet, die gleichermaßen die Aspekte Wählen, Einfluss, Durchschaubarkeit und Responsivität zum Gegenstand hatten.³⁷ Zu betonen ist allerdings, dass die vier Dimensionen³⁸ auf zwei wesentliche reduziert werden können: auf das politische Kompetenz- und Responsivitätsgefühl (vgl. Balch 1974; Vetter 2002: 379).

36 Wie Massing darlegt, erweist sich das politische Interesse zur Erklärung von politischem Handeln in komplexen Modellen sogar „als stärkster Prädikator“ (Massing 2012: 264; vgl. auch Kuhn 2000: 30ff.). Auch gehen politische Mobilisierungswellen mit einer „Zunahme des politischen Interesses der jüngeren Generationen“ einher (Hoffmann-Lange 2000: 46).

37 Die vier Dimensionen sind: 1. „Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut“ (Wählen). 2. „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ (Einfluss). 3. „Die ganze Politik ist manchmal so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht“ (Durchschaubarkeit). 4. „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken“ (Responsivität) (Niedermayer 2005: 29f.).

38 Wie Niedermayer darlegt, wurde anhand der vier zitierten Aussagen zum politischen Kompetenzgefühl zunächst das subjektive Gefühl der Bürger*innen gegenüber Regierung und Politik als politisches Selbstbewusstsein erfragt. Gemessen wurde, wie das subjektive Gefühl das Selbstbewusstsein als politischen Akteur beeinflusst. Seit Ende der 1960er Jahre wurden neben den ursprünglichen vier Aussagen zwei weitere hinzugenommen: 1. „Die Abgeordneten im (nationalen Parlament) verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk“. 2. „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ (vgl. Niedermayer 2005: 30).

- Das *politische Kompetenzgefühl* wird auch als „interne Effektivität“ bezeichnet (vgl. Balch 1974). Gemeint ist das Gefühl, „politische Probleme verstehen und beurteilen sowie auf Grund der eigenen Fähigkeiten auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können“ (Massing 2012: 265; siehe auch Niedermayer 2005: 30; Bathelt et al. 2016: 188). Das Konzept geht im Wesentlichen auf Almond und Verba (1965) zurück, wonach zu einer Staatsbürgerkultur neben politischer Informiertheit und politischem Interesse ein hohes politisches Kompetenzgefühl gehört (vgl. Vetter 2002: 379; Niedermayer 2005: 29). Über die Jahre wurde das Konzept sukzessive erweitert.³⁹ So werden mittlerweile Faktoren wie „die Häufigkeit der Gespräche über Politik mit Eltern, Freunden, Schulkameraden und Kollegen“ in den Ansatz integriert (Detjen et al. 2012: 96). Bis heute korrespondiert in den meisten empirischen Studien „eine hohe kognitive politische Mobilisierung mit höherer politischer Handlungsbereitschaft und mehr politischem Handeln“ (ebd.). Vor allem der Faktor Bildung besitzt „wesentlichen Einfluss auf die Stärke des politischen Kompetenzgefühls“ (Niedermayer 2005: 34).
- Das *politische Responsivitätsgefühl* gilt dagegen als „externe Effektivität“.⁴⁰ Damit ist die „Einschätzung gemeint, dass die politischen Akteure verantwortlich und politischen Einflüssen zugänglich sind“ (Massing 2012: 265; vgl. Bathelt et al. 2016: 188). Niedermayer beschreibt das politische Responsivitätsgefühl auch als „Überzeugung“ der Bürger*innen, dass die politische Führungsschicht ihre Anliegen „ernst nimmt und in ihren Entscheidungen berücksichtigt“ (Niedermayer 2005: 31). Das politische Responsivitätsgefühl ist in der alten Bundesrepublik bis Mitte der 1970er Jahre „angestiegen und ging in der Folge deutlich zurück“ (ebd.). Insgesamt gilt, dass das politische Responsivitätsgefühl der Deutschen geringer ausfällt als ihr Kompetenzgefühl (vgl. ebd.: 34; Pickel 2018: 178).⁴¹

-
- 39 Der Ansatz des politischen Kompetenzgefühls wurde durch das „Konzept der kognitiven politischen Mobilisierung“ erweitert (Detjen et al. 2012: 96). Gemeint ist hiermit, dass das politische Interesse, die politische Involviertheit und das kommunikative politische Handeln miteinander „verknüpft“ sind. Insgesamt gilt ein hohes subjektives politisches Kompetenzgefühl als „zentrale Voraussetzung für politisches Handeln jeglicher Art“ (ebd.).
- 40 Die hier dargelegte Unterteilung in politische Kompetenz („Internal Efficacy“) und politische Responsivität („External Efficacy“) wurde im Wesentlichen aus dem von Campbell et al. (1954, 1960) geprägten Konzept der „Political Efficacy“ gebildet (vgl. Vetter 2002: 379). Balch (1974) hat schließlich in empirischer Hinsicht eine Dimensionierung in „Internal Efficacy“ und „External Efficacy“ vorgenommen (vgl. Niedermayer 2005: 30).
- 41 Nach Niedermayer haben sich die Durchschnittswerte lange „deutlich im negativen Bereich“ bewegt und seit 1994 nicht verbessert. Nur ein verschwindend geringer Teil der Bürger (2 bis 3 Prozent) habe in hohem Maße das Gefühl, „dass die Parteien und Politiker den Interessen der Bürger gegenüber aufgeschlossen sind und sich responsiv verhalten“ (Niedermayer 2005: 34). Auch neuere Untersuchungen zeigen, dass 72 Prozent der Bürger*innen meinen, Politiker*innen seien an den einfachen Leuten nicht interessiert. Nur 20,6 Prozent glauben an einen „effektiven Einfluss des Bürgers auf die Politik“. 59,2 Prozent haben den Eindruck, „keinerlei Einfluss auf die Bundesregierung“ zu haben, „obwohl die Hälfte der Deutschen sich für fähig hält, politische Probleme zu verstehen“ (Pickel 2018: 178).

Auffällig ist, wie dargelegt, dass das politische Selbstbewusstsein in der Forschung in hoher Maße auf das direkte Verhältnis zwischen Bürger*innen und der Regierung zurückgeführt wird. So stellt Massing beispielsweise einen direkten Zusammenhang zwischen dem Gefühl her, „politische Probleme“ verstehen und beurteilen zu können sowie den „eigenen Fähigkeiten“, auf „die Politik“ Einfluss zu nehmen (Massing 2012: 265). Auch Niedermayer sieht zwischen dem „subjektiven Verständnis politischer Probleme“ und der „wahrgenommenen Einflussmöglichkeit auf die Politik aufgrund der eigenen Fähigkeit“ einen kausalen Zusammenhang (Niedermayer 2005: 30). Grund dafür ist die Annahme, dass die Akzeptanz gegenüber politischen Entscheidungen seitens der Regierung dann höher ist, wenn sich Bürger*innen vertreten fühlen (vgl. Vetter 2002: 380). Denkt man diese Annahme zu Ende, könnte sich ein politisches Selbstbewusstsein allerdings erst herausformen, wenn das Individuum seine Einflussmöglichkeit auf die Politik sieht – umgekehrt ließe sich ein politisches Selbstbewusstsein nicht bestimmen, wenn sich Individuen im Sinne von Becks Subpolitik „außerhalb des politischen oder korporatistischen Systems“ (Beck 1993: 162, H. I. O.) bewegen. Auch viele der eingangs angeführten *expressiven* Formen der Partizipation (vgl. Kapitel 3.2), wonach ethische oder moralische Standpunkte handlungsleitend sind, ohne sich direkt auf die Parteien beziehen zu müssen, wären auszunehmen.⁴² Die Ergebnisse dieser Studie demonstrieren allerdings, dass die Befragten auf die „Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema“ abzielen (van Deth/Zorell 2020: 398), um Einfluss auszuüben. Bezogen auf ein enges Verständnis von politischer Kompetenz wäre das Handeln somit vom Konzept der politischen Kompetenz auszunehmen, das sich an „politischen Problemen“ (Massing 2012: 265) bemisst, die direkt an die Parteien adressiert sind. Die „wahrgenommene Einflussmöglichkeit auf die Politik“ (Niedermayer 2005: 30) wird von den Befragten dieser Studie in der Regel aber als gering eingeschätzt oder gar nicht thematisiert. Gleichermaßen gilt für die politische Responsivität. So macht ein Großteil der Akteure ‚die Politik‘ nicht mal für gesellschaftliche Zustände verantwortlich.⁴³ Gleichwohl fühlt sich ein Teil der Befragten politisch kompetent oder ihr Handeln lässt sich als politisch kompetent verstehen, wenn man politische Kompetenz auf ethisch-ökologische, fair-soziale Produktionsprozesse und entsprechende (politische) Fragestellungen bezieht (vgl. Kapitel 7.2.5). Darüber möchte ein

-
- 42 Was als eine generelle Schwachstelle in der politikwissenschaftlichen Forschung gelten kann, ist eine Weitung des Politikbegriffs einerseits, wonach die bereits angesprochenen *expressiven* Partizipationsformen als politisch gelten (vgl. Kapitel 3.2.). Andererseits wird unter Partizipation ein Repertoire an Aktivitäten verstanden, wonach Bürger*innen politische Entscheidungen beeinflussen. Wenn Menschen aber Grünflächen pflanzen oder nachhaltige Produkte kaufen – auch diese Formen fallen unter den weiten *expressiven* Partizipationsbegriff – kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie damit gleich politische Entscheidungen (bewusst) beeinflussen wollen. Gleichwohl fallen diese Handlungen unter den Partizipationsbegriff, der in der Summe die Beeinflussung politischer Entscheidungen zur Voraussetzung hat.
- 43 Die Ergebnisse spiegeln damit Befunde wider, wonach Bürger*innen selbstkritisch auf die Politik blicken (vgl. Pickel 2018: 180): So war im Jahr 2016 über die Hälfte der Deutschen (51,2 Prozent) der Meinung, dass Bürger*innen zu große Erwartungen an die Politik hätten. 47,8 Prozent glaubten, die Politik habe kaum noch Handlungsspielräume und der Einfluss der Verbände und Interessengruppen sei zu groß (75,4 Prozent). Nicht zuletzt gaben 32 Prozent an, die Darstellung von Politiker*innen in den Medien würde ihnen nicht gerecht (vgl. ebd.).

Teil der Befragten politisch wirksam sein und versteht das eigene Handeln auch als politisch. Das nächste Kapitel wird sich darum dem Konzept des politischen Handelns widmen, das mit ähnlichen Problemen behaftet ist wie das Konzept des *Selbstverständnisses* als politischer Akteur. Aufbauend darauf soll ein *politischer* Produktionstyp bestimmt und das politische von ethischem Handeln unterschieden werden.

6.1.6 Was ist politisches Handeln und wie lässt es sich untersuchen?

Die Antwort auf die Frage, was politisches Handeln ist, ist mit mehr Problemen verbunden als sie welche löst. Denn wer hat zu entscheiden, ab wann etwas politisch ist? Eine Kategorisierung zum Politischen würde nicht nur Rortys antiessentialistischem Politikverständnis entgegenstehen, wonach das Politische nicht das ist, wozu es per Definition wird, sondern, was sich in der Praxis realisiert (vgl. Kapitel 4.3.2e). Es würde auch Aspekte der Kontingenz ausblenden, wonach die Folgen, und damit die Entschlüsselungen von Handlungsinentionen, nie vollständig vorweggenommen werden können. In der Konsequenz hieße das allerdings, keine politischen Typen anhand festgelegter Kriterien herausbilden zu können, weil sich Handeln nie vollständig typologisieren lassen kann. Die folgenden Einstufungen zum politischen Handeln, und darauffolgend zum *politischen Herstellertyp*, sind darum rein normativ. Sie sind als Vorschläge (auch für weitere Forschungsvorhaben) zu verstehen, um eine entsprechende Typisierung und Typologisierung vorzunehmen. Für diese Studie heißt das, dass sich nur ein Teil der Befragten als politisch im Sinne des im letzten Kapitel skizzierten *engen Selbstverständnisses* als politischen Akteur versteht. Eine solche Selbsteinschätzung sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob die Akteure als politisch gelten können. Denn was als politisch beabsichtigt wurde, muss nicht dementsprechend entschlüsselt werden. Und was als politisch seitens des Betrachters entschlüsselt wird, muss von den Akteuren nicht politisch beabsichtigt gewesen sein.

Anhand welcher Kriterien soll im Folgenden von politischem Handeln gesprochen werden? Ergebnis dieser Studie ist, dass ein nicht geringer Teil der Befragten gesellschaftlichen Einfluss über Arbeit haben will, sich aber nicht unmittelbar als politisch versteht. Selbst Forderungen, die aus dem Handeln resultieren, werden meist nicht an die Politik adressiert. Die Politik hat, um auf Bourdieus Begriff des politischen Feldes (2001) zurückzukommen, im politischen Feld kaum Gewicht – die Akteure appellieren an andere Herstellende, an Konsument*innen, die Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu legt ein Großteil Produktionsstandards fest, die sich auf ökologische und sonstige sozialverantwortliche Kriterien der Produktion beziehen (z.B. Kooperationen mit Integrationswerkstätten, faire Löhne für Mitarbeiter*innen etc.). Ab wann lässt sich ein solches Handeln dann als politisch verstehen? Zunächst wird politisches Handeln in der politikwissenschaftlichen Forschung unterschiedlich bestimmt, im Wesentlichen lassen sich jedoch zwei Richtungen unterscheiden (vgl. Buchstein 2012: 20ff; Detjen et al. 2012: 70): Auf der einen Seite lässt sich politisches Handeln in philosophischer Tradition aus der Unterscheidung von *Poiesis* (Herstellen) und *Praxis* (Tätigsein, Handeln) theoretisch herleiten, so etwa bei Aristoteles (2018 [1837]) oder Arendt (2013 [1958], 2015). Politisches Handeln zielt damit auf keine Überprüfbarkeit von Ergebnissen ab. Im Vordergrund steht die Intersubjektivität des Handelns, deren Wirkung sich erst im Anschluss entfaltet – und die

sich empirisch nicht untersuchen lassen kann. Auf der anderen Seite stehen Ansätze aus der Empirie im Zentrum, und dazu werden die Einstellungen der Bürger*innen und die Folgen des Handelns untersucht bzw. überprüft, wobei die Politikforschung ganz unterschiedliche Schablonen anlegt – mal wird bereits das kommunikative Handeln als politisch identifiziert, wenn sich darin politische Ziele verkörpern. An anderen Stellen gilt eine Handlung erst dann als politisch, wenn sie zur Durchsetzung von Zielen führt oder kollektiv bindende Entscheidungen zur Folge hat.

Ab wann kann und soll dann von politischem Handeln gesprochen werden? Diese Frage impliziert zunächst zwei Grundsatzfragen: Ab wann spricht man von Handeln? Wann ist etwas politisch? Die erste Frage zielt darauf ab, Handeln von Verhalten abzgrenzen (vgl. Habermas 1984: 13; Hitzler 2001: 43; Rosa 2012: 133). Die zweite wirft die Frage auf, ab wann etwas politisch ist und zieht im Grunde vier weitere Fragen nach sich: Erstens geht es darum, ob schon die Intention in Form einer politischen Zielsetzung als politisches Handeln verstanden werden kann oder ob erst der Ausgang der Handlung maßgeblich für politisches Handeln ist – das zielt auf die oben dargelegte Unterscheidung von Theorie und Empirie ab. Zweitens ist die Frage zentral, ob bereits kommunikatives Handeln oder der Versuch der Beeinflussung durch Kommunikation in Form von Gesprächen oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld eine politische Handlung darstellt – oder ob sich politisches Handeln immer auf kollektive Entscheidungsstrukturen beziehen muss, so zum Beispiel durch die Teilnahme an Wahlen, Protestformen, zivilem Ungehorsam o.ä. Drittens steht die Frage im Raum, ob Macht oder Herrschaft Voraussetzungen für politisches Handeln sind: Braucht es die Zustimmung eines Zweitens oder Dritten, die ggf. in Anlehnung an Max Weber „gegen Widerstreben“ durchgesetzt werden muss, um von politischem Handeln sprechen zu können (Weber 1976 [1922]: 28)? Und viertens geht es darum, ob sich politisches Handeln immer auf einen kollektiven Willensbildungsprozess oder eine politische Ordnung beziehen sollte respektive müsste.

Zum ersten Punkt, ab wann von einer politischen Handlung oder von politischem Verhalten gesprochen werden kann, herrscht in der Forschung weitestgehend Einigkeit. So versteht Peter Massing politisches Handeln als die Form des menschlichen Handelns, das sich von Verhalten dann abgrenzt, wenn Handeln im Sinne Max Webers einen ‚subjektiven Sinn‘ hat. Handeln ist immer, im Gegensatz zum Verhalten, „intentional“ und bezieht sich auf ein Objekt⁴⁴ (Massing 2012: 259f.). Auch Hartmut Rosa schließt hier an, indem er politisches Handeln strikt von Verhalten abgrenzt, da politisches Handeln eine „spezifische Form menschlichen Handelns“ darstellt (Rosa 2012: 137, 2001: 26f.).⁴⁵ Im Gegensatz zu Massing hebt Rosa jedoch „starke politische Wertungen“⁴⁶ als Voraussetzung einer politischen Handlung hervor (ebd.). Andere Autoren wie Ronald Hitzler grenzen politisches Handeln nur indirekt von politischem Verhalten ab. So unterscheidet Hitzler

44 Massing unterscheidet hierzu „nicht soziale“ von „soziale[n] Objekte[n]“. Soziale Objekte sind für Massing Personen (vgl. Massing 2012: 260).

45 Hartmut Rosa zufolge ist „genuine politisches Handeln“ bestimmt durch politische Werte, die zur Diskussion stellen, „was für eine Art von Person wir sein wollen“, „was für eine Art von Gemeinschaften“ wir haben und „in was für einer Gemeinschaft wir leben wollen“ – und wie zugleich deren Strukturen beschaffen sein müssten (Rosa 2012: 137).

46 Starke politische Wertungen grenzt Rosa zugleich von religiösen und moralischen Wertungen ab; beides unterliegt Rosa zufolge „starken Wertungen“ (Rosa 2001: 26).

beispielsweise zwischen *protopolitischem* und *quasipolitischem* Handeln: Protopolitisches Handeln ist Hitzler zufolge zustimmungsbasiert und lässt sich von reinem Machthandeln unterscheiden (so zum Beispiel vom Handeln eines Politikers/einer Politikerin). Das Quasipolitische lässt sich dagegen aus dem alltäglichen Tun ableiten, indem man immer wieder in eine Situation kommt, um „politisch zu handeln“ (Hitzler 2001: 43ff.).⁴⁷

Weitaus strittiger wird in der Wissenschaft die zweite Frage diskutiert, ab wann eine Handlung politisch ist. Hier werden bis heute verschiedenste Aspekte beleuchtet und hervorgehoben, wobei es nicht gelungen ist, eine „elaborierte Theori[e] politischen Handelns“ zu entwickeln – sieht man einmal von Rational-Choice-Modellen ab (vgl. Bluhm/Gebhardt 2001: 11). Dass es keine Theorie des politischen Handelns gibt, mag daran liegen, dass in der Forschung immer wieder verschiedene Ansätze aus Politikwissenschaft, Philosophie und Sozialwissenschaft, Pädagogik und Wirtschaftswissenschaft zusammenfließen und konkurrieren. Darum gibt es auch keine Antwort auf die Frage, auf welche Dimensionen sich politisches Handeln beziehen muss. In der Mehrheit wird politisches Handeln jedoch auf eine bewusst herbeigeführte intentionale Entscheidung zurückgeführt, die auf Motivation und Zielgerichtetetheit basiert, so wie in den eben genannten Ansätzen von Hitzler (2001), Rosa (2001, 2012) oder Massing (2012). Allerdings wird in den Ansätzen die Wirksamkeit in der Folge wenig bis gar nicht betont. Es werden die Voraussetzungen und Kriterien zum Handeln benannt und beschrieben. Ungeklärt bleibt damit, ob die Wirksamkeit einer politischen Handlung eine Voraussetzung für politisches Handeln ist oder nicht. So ist für Buchstein eine politische Handlung erst dann gegeben, wenn eine „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes“ die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ zur Folge hat (Buchstein 2012: 18). Autoren wie Detjen u.a. sehen die Wirksamkeit einer politischen Handlung zudem erst dann vollbracht, wenn politisches Handeln „sowohl subjektiv politisch gemeint als auch objektiv politisch wirksam ist“ (Detjen et al. 2012: 68). Im Gegensatz zu Buchstein können für Detjen et al. bereits „Gespräche oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld“ politisches Handeln sein – Detjen et al. sprechen in diesem Zusammenhang von „kommunikativem politischen Handeln“ (ebd.: 65).⁴⁸

-
- 47 Hitzler bezeichnet das Quasipolitische zwar nicht direkt als politisches Verhalten. Seine Beschreibungen kommen einem solchen Verständnis aber nahe, da dem quasipolitischen Handeln der subjektiv intendierte Sinn abgesprochen wird und als reaktives Verhaltensmoment gilt (was Hitzler jedoch als Handeln bezeichnet, vgl. Hitzler 2001: 43ff.).
- 48 Kommunikatives politisches Handeln grenzen Detjen et al. von „partizipativem politischen Handeln“ ab. Damit ist eine Unterscheidung zu rein kommunikativem politischen Handeln als Ausdruck eines freiwilligen Handelns gemeint, „das von der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen über parteizbezogene, gemeindewahlkampf- und politikerbezogene Aktivitäten, legalen Protest und zivilen Ungehorsam bis hin zur politischen Gewalt reichen kann“ (Detjen et al. 2012: 65f.). In Anlehnung an Max Kaase (1997) argumentieren die Autoren, dass es Ziel des partizipativen Handelns sei, „Entscheidungen auf den Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1997: 160). Allerdings fehlen in dieser Betrachtung die *expressiven* Formen der Partizipation, wonach bereits ethische oder moralische Standpunkte als Formen der Partizipation gelten, wenn darauf basierend Entscheidungen getroffen werden (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395).

Unklar bleibt bei der Definition von Detjen et al. jedoch, inwiefern Entscheidungen zusätzlich auf Zustimmungen anderer basieren und ggf. gegen den Willen anderer durchgesetzt werden müssen, um von politischem Handeln oder zumindest der Wirksamkeit einer politischen Handlung sprechen zu können – das zielt auf die eingangs gestellte dritte Frage ab, und sie charakterisiert das, was nach Max Weber das Politische ist, nämlich die „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1976 [1922]: 28). Im Klartext geht es damit um die Frage, ob Macht oder Herrschaft⁴⁹ eine Voraussetzung für politisches Handeln sind: Ist politisches Handeln Herrschaftshandeln oder zumindest Ausdruck einer agonalen Streitkultur, auch im demokratischen Sinne, was die Gegnerschaft voraussetzt? Letzteres würde sich wiederum auf agonale radikaldemokratische Ansätze nach Laclau (1988, 1999a,b), Mouffe (2011, 2015, 2016), Laclau/Mouffe (2000) oder Žižek (2009) beziehen, wonach Demokratieentwicklung Widerstreit bedeutet. Auch Ronald Hitzler schließt hier an, erweitert aber die Perspektive. Für ihn ist politisches Handeln im weiten Sinne „herrschaftsinteressiertes Handeln“ nach Max Weber (Hitzler 2001: 47, H. i. O.), das keine Zustimmung braucht. Gleichwohl grenzt er „protopolitisches Handeln“ von reinem Machthandeln ab (ebd. 46): „Politisch“ werde „protopolitisches Handeln“ im „vollgültigen Sinn“ dann, wenn es sich – in Anlehnung an Werner Josef Patzelt (1987: 235) – auf die „Herstellung, Gestaltung und Durchsetzung *allgemeiner Verbindlichkeit*“ bezieht. Denn wer versuche, „wie auch immer die Zustimmung eines Zweiten zu erlangen“, um „auf die Verbindlichkeit der Ordnung des Zusammenlebens von wem auch immer Einfluß zu nehmen, handelt [...] politisch“ (Hitzler 2001: 48, H. I. O.).

Von herrschaftskategorialen Ansätzen ist man in der Forschung allerdings schrittweise abgerückt. Ein Teil der Ansätze zu politischem Handeln bezieht sich heute auf demokratietheoretische und kommunikative Aspekte, was nicht nicht zuletzt auf den Einfluss von Arendt und Habermas auf die Forschung zurückzuführen ist. Allerdings wird dabei meist die intentional zielgerichtete Handlungsform auf kollektive Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bezogen – das zielt wiederum auf Punkt vier der eingangs gestellten Fragen ab. So betont Massing, dass das Intentionale eine Voraussetzung für politisches Handeln sei und sich immer auf den „politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess“ beziehen und im „Bezugssystem einer politischen Ordnung“ stattfinden müsse (Massing 2012: 261). Ähnlich argumentieren Buchstein/Weißeno, wenn sie anführen, dass eine politische Handlung erst gegeben wäre, wenn eine „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes im Bereich der Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ erfolge (Buchstein 2012: 18) und „gemeinsam verfolgte Ziele“ erfordere (Buchstein/Weißeno 2012: 11).

Missverständlich bleibt jedoch, was genau Handeln in einem „Bezugssystem einer politischen Ordnung“ meint, was bei Massing eine Voraussetzung für politisches Handeln ist (Massing 2012: 261). Auch bleibt schleierhaft, was es heißt, dass politisches Handeln im Verständnis von Buchstein, der sich auf Weißeno (2005: 191) bezieht, als „Herstel-

49 Auf den Unterschied zwischen den Begriffen Macht und Herrschaft wurde bereits in der Fußnote 97 auf Seite 82 hingewiesen.

lung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ zu gelten habe (Buchstein 2012: 18), die erst in der Konsequenz „kollektive, gemeinsam verfolgte Ziele“ erfordert (Weißeno 2005: 191). Denn zum einen findet eine Handlung immer in einem Bezugssystem einer politischen Ordnung statt. Das gilt selbst dann, wenn das Handeln an keine Systemebene adressiert ist, geschweige denn die Veränderung eines entsprechenden Bezugssystems durch den/die Handelnden beabsichtigt wird. Zum anderen wird durch den Verweis auf die „kollektiv verbindliche Entscheidung“ politisches Handeln auf die Luhmannsche „Machtkapazität für kollektiv bindendes Entscheiden[s]“ (Luhmann 2002: 87) rücküberführt – die in der letzten Konsequenz nur der Staat hat, weil nur er ein entsprechendes Nichthandeln (durch Gesetze) sanktionieren kann.

In dreierlei Hinsicht sind die hier vorgestellten Bezugspunkte als Voraussetzung für eine Definition von politischem Handeln unzureichend: Erstens sind viele der Begriffsbestimmungen oft ausschließlich an sozialem intersubjektiven Handeln orientiert. Das liegt schon daran, dass sich die Soziologie als Wissenschaft des sozialen Handelns versteht. In Rückgriff auf das Webersche Handlungsverständnis und die hermeneutische Diskussion der 1970er Jahre wird Handeln somit aus der „inneren Struktur von Praxis“ heraus erklärt (Blum/Gebhard 2001: 13). Damit spielen mögliche Subjekt-Objekt-Konstitutionen, die in der Designforschung zum Tragen kommen (vgl. Kapitel 4.3.2f.), in der Vermittlung von politischen Zielen keine Rolle.⁵⁰ Zweitens wird politisches Handeln, wie oben dargelegt, oft an ein enges Machtverständnis rückadressiert, wonach das Handeln auf kollektiv bindenden Entscheidungen basiert, die als letzte Konsequenz nur die Politik treffen kann.⁵¹ Dadurch wird nicht nur Einzelakteuren das Vermögen abgesprochen, als Akteur – auch über Herstellungsformen – politisch zu sein. Das Handeln wird an einen *engen* Politikbegriff gebunden – und damit die Subpolitik Becks außer Kraft gesetzt, wonach „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems [...] um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren“ (Beck 1993: 162, H. I. O.). Drittens wird eine ethische Perspektive oft mit der politischen vermengt, wenn politisches Handeln als am Gemeinwohl⁵² orientiertes Handeln gilt. So betont etwa Massing, dass politisches Handeln immer „wertbasiert und gemeinwohlorientiert“ sei, vorausgesetzt, dass die „formale Ordnung eine Demokratie“ ist (Massing 2012: 261). Das würde

-
- 50 Das hat ebenfalls mit dem Verständnis des Handelns im Sinne Arendts zu tun. Wie im Kapitel 4.1.2 dargelegt, reduziert sich Arendts Verständnis des Politischen auf das Handeln als „Zwischen-die-Menschen“ und blendet das Herstellen als materielle Verdinglichung aus. Demnach sind Handlungen, die durch einen Fremdzweck bestimmt sind, keine politischen – wenngleich Objekte und Gegenstände Träger von sozialen Handlungen im Sinne des Symbolischen Interaktionismus sein können.
 - 51 Dass sich die kollektiv bindende Entscheidung auf den Staat, die Politik, reduziert, ist erklärbedsürftig, weil auch Organisationen oder Interessengruppen mit formaler Satzung auf kollektiv bindende Entscheidungen abzielen können. Ein entsprechendes Sanktionieren jedoch, zumindest in Form von Gesetzen, obliegt nur dem Staat.
 - 52 Das Gemeinwohl im politischen Sinne lässt sich nach Sutor als das Gelingen der „Vermittlung mit Hilfe einer guten Ordnung“ durch „Regeln und Institutionen“ verstehen. Folglich ist Gemeinwohl „ein Ordnungsbegriff“, der nicht für den „substantiellen Gehalt einer Gemeinschaft, sondern die politische Ordnung einer Gesellschaft“ steht (Sutor 1997: 56f.).

allerdings voraussetzen, dass sich eine politische Handlung immer im Rahmen demokratischer Orientierung oder in entsprechenden Strukturen abspielen müsse und/oder wertbasiert und gemeinwohlorientiert ist, was nicht der Fall sein muss.⁵³

Für eine Definition von politischem Handeln ergeben sich daraus zwei zentrale Konsequenzen: Erstens ist es wenig sinnvoll, eine universelle, an völlig offenen Kriterien orientierte Definition von politischem Handeln zu entwerfen, weil sich damit alles als politisch verstehen lassen kann.⁵⁴ Zweitens darf der Begriff des Politischen respektive politisches Handeln (und folglich die Bestimmung eines politischen Akteurs) nicht zu eng gefasst sein, und mit zu eng meine ich, dass man a.) kollektiv bindende Entscheidungen zu keiner Voraussetzung für politisches Handeln erklärt und b.), politisches Handeln nicht nur als an die politische Ordnung adressiertes Handeln verstehen sollte. Eine solche Engführung hätte zur Folge, dass Aspekte und Zwischenstufen von politischem Handeln ausgeblendet werden, was einem Begriff des Politischen kaum Rechnung tragen kann und für die Forschung wenig zielführend ist.

Was folgt daraus? Erstens muss geklärt werden, wie sich ein Kausalzusammenhang von Intention und Wirksamkeit empirisch operationalisieren lassen kann. Zweitens braucht es – daraus resultierend – eine Bestimmung des politischen Handelns, das die oben genannten Kriterien berücksichtigt. Bezogen auf Punkt eins beginnt das Problem schon damit, dass der Zusammenhang von Intention und Wirkung einer politischen Handlung oft als vorausgesetzt gilt. Damit lässt sich politisches Handeln theoretisch bestimmen, empirisch aber nicht operationalisieren. Der Kern des Problems liegt bereits im Versuch einer evidenten Zusammenführung (theoretisch wie empirisch) von Intention und Wirksamkeit, worauf bereits Luhmann hinwies. Luhmann zufolge unterliegt die Unternehmung, politisches Handeln zu ergründen, einer Art „Kontrollillusion“ (Luhmann 2002: 23f.). Geht man davon aus, dass eine Ursache-Wirkung-Kausalerzeugung zustande kommen könnte oder würde, setze das voraus, dass sich Ursache und Wirkung an einem Zeitpunkt „treffen“ könnten respektive müssten. Folglich müsste ein „Kausalereignis“ dazu führen, Ursache und Wirkung in einem Punkt zusammenführen zu können, um sie gewissermaßen „gleichzeitig passieren“ zu lassen – obwohl die Ursachenverkettung in der Vergangenheit liegt (aber eben erst im Jetzt wirksam wird) und die Wirkung des Handelns in die Zukunft deutet (aber schon jetzt verursacht ist). Luhmann nennt das die „Paradoxie der Zeit“ (ebd.). Die Unterscheidung von Vergangenheit und Zukunft kann „immer nur gegenwärtig gemacht werden“, weil sie „immer nur gegenwärtig aktuell“ ist. Demnach würde politisches Handeln allerdings nur auf „Einzelereignissen“ basieren, wenn auch Einzelereignisse der Wiederholung unterliegen können, aber nicht müssen (ebd.).⁵⁵

53 Das führt wieder auf Dewey zurück, wonach die Öffentlichkeit per se nichts Demokratisches ist. Selbst Kriege werden durch Öffentlichkeiten hervorgebracht (vgl. Dewey 1996: 28; siehe dazu auch die Fußnote 70 auf Seite 73).

54 Das zielt wieder auf die eingangs vorangestellten *expressiven* Beteiligungsformen ab (siehe Kapitel 3.2), wonach bereits Alltagsentscheidungen basierend auf Ethik und Moral als Beteiligungsformen – und folglich als Formen des politischen Handelns – gelten (vgl. van Deth/Zorell 2020: 396).

55 Dieses Problem lässt sich in dieser Studie schon daran erkennen, dass aufgrund des situativen Interviewverlaufs entsprechende Antworten nur einmalig waren – weil Aussagen nur in diesem Moment getroffen wurden.

Als Konsequenz folgt daraus, dass in dieser Studie nur die Intention zur politischen Handlung (über qualitative Interviews) und die Handlungsrealisierung (über teilnehmende Beobachtungen) untersucht werden können. Untersuchen lässt sich keine Wirksamkeit als Handlungsvollendung. In Bezug auf Volker Gerhardts Verständnis von politischem Handeln geht es damit um die „*Ansprüch[e]*“, die „entweder direkt oder indirekt auf die Erhaltung und Gestaltung einer menschlichen Gemeinschaft“ bezogen sind (Gerhardt 1990: 294, H. i. O.). Eine Kausalbeobachtung über „*kontingentes Zurechnen*“ lässt sich aber, wie Luhmann ebenfalls herausgearbeitet hat, nicht „spezifizieren“ (Luhmann 2002: 26f., H. i. O.). Kausalbeobachtungen sind immer variabel. Sie sind wiederholend, situativ, letztlich eine Zusammenstauchung kausaler Ereignisse. Demnach lässt sich politisches Handeln auch als keine „vorliegende Realität“ herausarbeiten. Untersucht werden kann nur das „Handeln als *Handlungsintention*“ (Meinefeld 1977: 138, H. i. O.) – und zusätzlich kann über teilnehmende Beobachtungen herausgearbeitet werden, wie sich die Zielsetzungen in den Arbeitshandlungen verkörpern. Dazu muss politisches Handeln jedoch immer wieder aufs Neue untersucht, bestimmt und einer Überprüfung unterzogen werden, weil Handeln dem „konstitutiven Situationsbezug allen Handelns“ unterliegt (Joas 1996: 237) – politisches Handeln ist contingentes Handeln. In diesem Punkt ließe sich sogar auf Hannah Arendt und den Praxisbegriff verweisen, da politisches Handeln – im Gegensatz zum materiellen Selbsterstellen – nie als Handlung abgeschlossen ist, weil politisches Handeln „nie vollständig über seine Ergebnisse verfügen“ kann (Thaa 2011: 81). Die Wirkung entfaltet sich erst im Anschluss. Darum lässt sich auch auf keine Folgen einer Handlung im Vorfeld schließen. Es lässt sich nur untersuchen, ob die Folgen von den Akteuren antizipiert werden. Und für diese Studie heißt das, dass nach den Zielen und den Einschätzungen der Folgen gefragt wird. Politisches Handeln kann nie eine vollständige empirische Evidenz sein.⁵⁶

Für den weiteren Forschungsverlauf heißt das, zwischen der intentionalen politischen Handlungsabsicht, der Handlungsrealisierung und der Handlungskonsequenz zu unterscheiden – und erst daraufhin lässt sich politisches Handeln bestimmen. Erstere, die intentionale politische Handlungsabsicht, basiert auf einer herbeigeführten sozialen Handlung mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Ist-Zustand zu verändern. Zweitere, die Handlungsrealisierung, zeigt auf, wie sich die formulierten Zielsetzungen in der Praxis zeigen. Die dritte Form, die Handlungskonsequenz, lässt sich dagegen empirisch nicht untersuchen. Das heißt, dass im Folgenden die Handlungsintentionen das Zentrale ist, und unter politischem Handeln soll (im weiten Sinne) dasjenige Handeln verstanden werden, wonach Akteure versuchen, auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen hinzuwirken und andere beeinflussen wollen, um, in Anlehnung an Susanne Pickel (2012: 41), auf „politische Entscheidungen“ Einfluss zu nehmen. Im engen Sinne ist politisches Handeln dann – in Anlehnung an Luhmann – die „Machtkapazität für kollektiv bindendes Entscheiden[s]“ (Luhmann 2002: 87).⁵⁷ In der Gesamtheit zielt politisches Handeln damit

56 Ausgenommen sind von dieser Perspektive quantitative Messverfahren im Sinne einer Überprüfbarkeit (z.B. Erhebungen zur Wahlbeteiligung, Teilnahme an Demonstrationsformen o.ä.). Auch das zielt auf die eingangs getroffene Unterscheidung von Theorie und Empirie ab.

57 Für Luhmann hat der Einzelakteur damit so gut wie keine Relevanz. Trotzdem sind seine Ausführungen für den Begriff des Politischen und für politisches Handeln hilfreich, weil Luhmann zwei

in Anlehnung an Thomas Meyers Begriff der Politik auf „Regelungen des Zusammenlebens“ ab, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen“ (Meyer 2006: 47).⁵⁸ Dass sie verbindlich sind, lässt sich aber weder von Einzelakteuren noch über Herstellungsformen sicherstellen. Auch können die Handlungen nach dem Handlungsvorgang nicht mehr beeinflusst werden. Darum muss auch von einer politischen Handlungsabsicht⁵⁹ gesprochen werden. Und nur diese Ebene lässt sich empirisch-qualitativ in Form von Interviews untersuchen.

Zusammengefasst heißt das, dass *Einfluss haben* und *beeinflussen wollen*, zwei der dominierenden Kategorien in dieser Studie, entscheidend dafür sind, um die politische Handlungsabsicht untersuchen zu können. Gleichwohl muss das, was als einflussreich von den Handelnden beansprucht wird, nicht unmittelbaren Einfluss haben, und was als einflussreich von Adressaten dechiffriert wird, muss von den Handelnden nicht so beabsichtigt worden sein. Genauso kann *Einfluss haben*, das hat Luhmann ebenfalls aufgezeigt, sowohl positive als auch negative Sanktionen nach sich ziehen oder zumindest derart strukturell wirken, dass entsprechende Sanktionen folgen können, die nicht vorhergesehen waren (was bei Luhmann wiederum auf ein *enges* Politikverständnis abzielt). Zugleich verweist auch das auf den Praxisbegriff, wonach die „Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit“ des Handelns nie vorausgesetzt werden kann (Thaa 2011: 81; vgl. Joas 1996). Vergleichbares führt Luhmann an, der zwar von keinem Handlungsbegriff ausgeht, sondern von systemischer Kommunikation. Er legt aber dar, dass Einfluss immer „auf Artikulation in sozialer Kommunikation angewiesen“ ist (Luhmann 2002: 40). Kommunikation kann gelingen oder misslingen. Das gleiche gilt für politisches Handeln.

Das heißt, dass die politische Handlungsabsicht im Folgenden besondere Aufmerksamkeit erfährt, und hier zeigt sich, dass die Zielsetzungen der Akteure erstens auf „die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema“ abzielen (van Deth/Zorell

Machtarten differenziert: Die erste bezieht sich auf einen „engeren, und deshalb stärkeren Machtbegriff“, der bereits mit Sanktionen einhergehen kann (Luhmann 2002: 39). Die zweite Art verweist auf eine „sehr weite Form von Macht“, die Luhmann Einfluss nennt – und die sich auf das negative Sanktionieren stützt. Letzteres muss nicht zum Einsatz kommen, es reicht schon die „Drohung“ (vgl. Fußnote 12 auf Seite 50). Luhmann bezeichnet sie als die originäre politisierbare Macht (ebd. 45f.).

- 58 Wie eingangs dargelegt, bezieht sich Meyers Begriff streng genommen auf den der Politik, eine klare Unterscheidung zwischen dem Begriff der Politik und dem des Politischen nimmt er jedoch nicht vor.
- 59 Um von der Wirksamkeit sprechen zu können, müsste die Absicht als solche vom Gegenüber identifizierbar und dekodierbar sein. Wie Armin Nassehi (2003: 146ff.) darlegt, lässt sich die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen jedoch nicht an der Realisierbarkeit messen. Sie zielt auf einen „kommunikativen Horizont“ ab, wonach sich „beliebige Themen und Sachverhalte so kommunizieren lassen, dass über sie mit kollektiver Bindungswirkung entschieden werden könnte“ (ebd.: 147).

2020: 398)⁶⁰, um Einfluss auszuüben – damit kommt dem bereits angesprochenen *policy-making* „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen“ (Münch 2016: V) im Sinne der *interpretativen Partizipationsforschung* (Fischer 1997) eine tragende Rolle zu, was auf die eingangs vorangestellten *expressiven* Formen der Partizipation zurückführt (vgl. Kapitel 3.2). Demnach werden Einflussnahmen im Bereich der nicht-institutionalisierten Politik geltend gemacht.⁶¹ Zweitens müssen Objekte als mögliche Träger von gesellschaftspolitischen Positionen berücksichtigt werden, wenngleich politisches Handeln im Sinne Arendts immer Intersubjektivität voraussetzt: Objekte⁶² können Vermittler gesellschaftspolitischer Positionen sein, sie ersetzen keine Subjekte – mit Menschen kann man verhandeln, mit Bohrmaschinen nicht. Macht entsteht immer über zwischenmenschliche Beziehungen, wenn Menschen zusammenkommen und sich aufeinander beziehen. Folglich gibt es zwei Stufen des politischen Handelns: In einer ersten, und damit in einem *engen* Verständnis, ist politisches Handeln in Anlehnung an Buchstein eine „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes“, die auf die „Herstellung und Durchsetzung kollektivverbindlicher Entscheidungen“ abzielt (Buchstein 2012: 18; vgl. Nassehi 2003: 147ff.); Ziel ist es, Veränderungen auf der Systemebene zu erwirken und die Forderungen sind klar an die Politik adressiert. Diese Form des politischen Handelns soll im Folgenden als *protopolitisches Handeln* verstanden werden, das jedoch nicht gleichzusetzen ist mit einer „protopolitischen Konstellation“ im Sinne Hitzlers; es muss kein „*herrschaftsinteressiertes Handeln*“ sein, indem ein Akteur versucht, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen“, um „seinen bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. einer Dritten durchzusetzen“ (Hitzler 2001: 46, H. i. O.) – wenngleich protopolitisches Handeln „*herrschaftsinteressiertes Handeln*“ sein kann (ebd.: 47, H. i. O.). Zentrales Merkmal von *protopolitischem Handeln* ist jedoch, dass das Handeln darauf abzielt, und in diesem Punkt ist Hitzler zuzustimmen, eine „Verbindlichkeit der Ordnung des Zusammenlebens von wem auch immer“ zu erwirken (ebd.: 48). Zweitens lässt sich davon das subpolitische Handeln nach Beck unterscheiden, wonach „Akteure außerhalb des politischen oder korporatistischen Systems“ (Beck 1993: 162, H. I. O.) agieren und versuchen, politisch

-
- 60 Das schließt wieder an Hannah Arendt an, wonach das Politische nie Denken oder Wollen ist, sondern Handeln als Vollzug bedeutet (vgl. Arendt 1998, 2013). Luhmann argumentiert ähnlich: „Was nicht mitgeteilt wird, kann auch nicht beachtet werden“ (Luhmann 2002: 40). Nassehi vertritt eine vergleichbare Position, da politisches Handeln immer auf die „Herstellung und Bereitstellung von gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit“ abziele, die letztlich „adressierbare Kollektivität“ zur Folge haben müsse (Nassehi 2003: 147ff.).
- 61 Die sogenannten *expressiven* Formen der Partizipation – und folglich eine Bestimmung des politischen Handelns – sind nicht einheitlich definiert. Sie reichen von individuell ethisch-moralischen Standpunkten bis hin zu deliberativen Formen öffentlicher Protestbekundung. In der Gesamtheit tendieren sie jedoch dazu, wie unter Punkt 3.2 dargelegt, dass „im Prinzip jede Aktivität zu einem Akt politischer Partizipation“ werden kann (van Deth/Zorell 2020: 395). Wenn hier von politischem Handeln in Bezug auf die genannten *expressiven* Partizipationsformen gesprochen wird, sind nur diejenigen gemeint, die auf „die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema“ abzielen (van Deth/Zorell 2020: 398).
- 62 Diese Perspektive zielt auf den bereits angesprochenen Symbolischen Interaktionismus ab, wonach Menschen gegenüber Dingen mit Bedeutung handeln, die aus den sozialen Interaktion resultieren (vgl. Mead 1983, 1988; Joas 1989; Blumer 2013: 64ff.; Misoch 2015: 9; Münch 2016: 7).

in Erscheinung zu treten, wenngleich Beck nirgends klargestellt hat, ob subpolitisches Handeln auf die Verbindlichkeit einer Ordnung oder des Zusammenlebens abzielen kann oder muss. Genauso wenig hat Hitzler eine Bestimmung dazu vorgenommen, ob *protopolitisches Handeln* in Form eines Zuspruchs an die Politik oder (nur) als ablehnende Haltung vollzogen wird. Darum soll in dieser Studie das *protopolitische Handeln erster Ordnung* vom *protopolitischen Handeln zweiter Ordnung* unterschieden werden: Erstere Form bezieht sich auf dasjenige Handeln, wonach der Politik ein Zuspruch zukommt – in Form von Mitgliedschaften, der bewussten Wahl von Parteien und sonstigen Unterstützungsleistungen gegenüber der Politik. Über das *protopolitische Handeln zweiter Ordnung* wenden sich die Akteure dagegen von der Politik ab – über die politische Selbstorganisation, eigene Organisationsformen oder Mitgliedschaften in NGOs, Gewerkschaften oder sonstigen Formen des politischen Handelns. Demnach kann *protopolitisches Handeln* Subpolitik sein oder, in Anlehnung an Detjen u.a., über „Gespräche oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld“ zum Tragen kommen (Detjen et al. 2012: 65). Allerdings zielt *protopolitisches Handeln erster Ordnung* immer darauf ab, politische Veränderungen auf der Systemebene zu erwirken – und genau darum muss der Begriff der Subpolitik für diese Studie erweitert werden: Denn erstens legt Beck nirgends dar, ob politisches Handeln in einer der beiden *protopolitischen* Konstellationen denkbar ist oder sein muss. Zweitens führt Beck zwar Experten- und Berufsgruppen als Zentren der Subpolitik an. Er hat Arbeit als Kategorie aber nirgends systematisiert. Um diese Forschungslücke zu schließen, um die Becksche Subpolitik um den Faktor Arbeit zu erweitern, soll im Folgenden der Begriff *Politics of Self-Production* an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft in die Forschung eingeführt werden: *Politics of Self-Production* ist eine spezifische Form des politischen Handelns, um über Arbeit und Produktion gesamtgesellschaftliche Veränderungen zu erwirken. *Politics of Self-Production* ist ein Prozess- und Handlungsbegriff. Er kann Ausdruck der oben beschriebenen *protopolitischen* Konstellationen sein, wenngleich das für diese Studie nicht zu erwarten ist. Eine solche Konstellation läge vor, wenn die Handlungsziele Forderungen in einem *engen* Politikverständnis nach sich ziehen, und das hieße, dass nachhaltige Arbeitskonzepte auf die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ (Buchstein 2012: 18) abzielen müssten und Forderungen an die Systemebene der Politik adressiert wären. In dieser Studie weisen die Handlungen allerdings von einer solchen Perspektive ab: *Politics of Self-Production* ist Arbeitshandeln als gesellschaftliches Aushandeln. Der Begriff bezieht sich – das wird im Folgenden zu zeigen sein – auf die Veränderung eines gesellschaftlichen Ist-Zustands. In der Regel geht es dabei um keine „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ (Buchstein 2012: 18), auch um keine agonale Widerstandspraxis im Sinne Chantal Mouffes. Die Forderungen richten sich in der Mehrheit nicht mal an die Politik – appelliert wird an andere Akteure der Gesellschaft, an Konsument*innen, Hersteller*innen, und vor allem an Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Das heißt: *Politics of Self-Production* umfasst alle Formen des Arbeitshandelns als Selbstproduktion – angefangen bei diversen Hobbyaktivitäten über berufliche Nebentätigkeiten bis hin zur Hauptberuflichkeit. *Politics of Self-Production* kann subversive Praktik im Sinne einer „Reduktion der Abhängigkeit von Märkten“ (Kreis 2017: 18) sein, aber auch „sozialunternehmerische Partizipation“ bedeuten (Richter 2013a: 170, 2013b).

Allerdings ist *Politics of Self-Production* immer Arbeitshandeln als politisches Handeln. Die Zielrichtung, die Absicht und der Arbeitsinhalt, das „Was“ des Arbeitshandelns (vgl. Böhle 2018: 172ff.)⁶³, sind handlungsleitend.

In Anlehnung an dieses Begriffsverständnis lassen sich dazu die eingangs gestellten forschungsleitenden Fragen abschließend klären. Zentrale Frage der Studie ist, ob die Akteure politische Zielsetzungen in Arbeitsprozessen verfolgen. Als Ergebnis zeigt sich, dass nur wenige ein politisches Selbstverständnis in Bezug auf ein staatsbürgerliches Selbstbewusstsein aufweisen (Niedermayer 2005: 29ff.) – nur wenige beziehen ihr Handeln auf den Staat oder die Politik. Auch sieht nur ein Teil die eigene Arbeit, wie bereits dargelegt, als politisch an, was daran liegt, dass die Befragten mit dem Substantiv „das Politische“ oft „die Parteien“ meinen. In der Mehrheit zielt das Handeln der Akteure auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen über ökologische oder fair-soziale Produktionsprozesse ab. Der Anspruch an Autonomie bildet dazu eine Grundvoraussetzung, worauf basierend Gesellschaftskritik geübt wird. Dabei bleiben die Kritikformen an ethische Grundsätze gebunden, die sich bei einem Teil wiederum mit politischen Forderungen verbinden – letzteres charakterisiert den *politischen Herstellertyp* und grenzt ihn vom *ethischen* ab. Darum soll im nächsten Abschnitt der Zusammenhang von ethischem und politischem Handeln und deren Unterscheidbarkeit geklärt werden. Aufbauend darauf wird die entsprechende Typenbildung und Entwicklung von Typologien vorgenommen.

6.1.7 Was unterscheidet ethisches von politischem Handeln?

In der Ethik gibt es zwei klassische Grundsatzfragen: die Sinn- und Legitimationsfrage (vgl. Ulrich 2002: 28). Die Sinnfrage entspricht der Aristotelischen Perspektive der teleologischen Ethik und gilt als „Lehre vom Erstrebenswerten, vom guten Leben“ (ebd.).⁶⁴ Die Legitimationsfrage entspringt der Kantischen Tradition der deontologischen Ethik und fragt nach den moralischen Rechten und Pflichten. Für den Forschungskontext dieser Studie sind beide von Relevanz: Denn während die Deontologie die „zwischenmenschlichen Verbindlichkeiten, insbesondere des gerechten Zusammenlebens“, hervorhebt (ebd.: 29), geht es bei der teleologischen Ethik um die Konsequenzen und Folgewirkungen des Handelns (vgl. Carnau 2011: 82; Meyer 2006: 187)⁶⁵ – die deontologische

-
- 63 Wie eingangs dargelegt, wird unter Arbeitshandeln in dieser Studie in Anlehnung an Fritz Böhle die Charakterisierung eines doppelten Prozesses verstanden: Arbeitshandeln zielt zum einen auf das „Was“ des Handelns und damit auf die Zielrichtung, Absicht und den Inhalt ab. Zum anderen geht es um das „Wie“ und folglich um die „Struktur und (innere) Regulierung des Handelns“ (Böhle 2018: 172f.).
- 64 Das Wort Ethik leitet sich bei Aristoteles aus dem Wort der Gewohnheit ab, das er an die Politik bindet (vgl. Aristoteles 2018: 1102a, 69). Aristoteles unterscheidet allerdings weder explizit zwischen Politik und Moral noch zwischen Ethik und Politik (vgl. Sagou 2009: 74ff.). Auch bei Kant besteht eine enge Bindung zwischen Politik und Moral. Im Gegensatz zu Aristoteles, der das öffentliche Wohl (*Salus publica*) hervorhebt, das der Staat zu sichern habe, steht bei Kant das Recht im Vordergrund, das die subjektive Freiheit des Individuums garantieren soll, wobei das Individuum zu jenen Gesetzen im Sinne der Selbstgesetzgebung verpflichtet ist, denen es zugestimmt hätte (vgl. Kant 1993 [1795]: 11; siehe auch Sagou 2009: 74ff.; De La Vega 1985: 18ff.; Seubert 2012: 108).
- 65 Diese Trennung ist idealtypisch zu verstehen, da man Kants Deontologie auch konsequentialistisch verstehen kann, weil sich Kant auch für die Folgen einer Handlung interessiert (vgl. Eichler

Perspektive bestimmt Handlungen als „ge- oder verboten, wenn sie bestimmten Pflichten ent- oder Rechten widersprechen“ (Bratu/Nida-Rümelin 2013, siehe auch Fenner 2020: 169), wobei die Verpflichtungen in Anlehnung an Kant Selbstverpflichtungen sein können (vgl. Kant 1993 [1795]) und die „moralische Beurteilung einer Handlung aufgrund ihrer Konsequenz“ außen vor bleibt (Eichler 2013: 45, H. i. O.). Die teleologische Perspektive fragt dagegen nach dem Zweck einer Handlung und den entsprechenden Folgen. Teleologische Ansätze gelten darum als konsequentialistisch.⁶⁶

Für den Forschungskontext heißt das, beide Perspektiven in ein konstitutives Wechselseiterhältnis zu setzen. Denn in den Aussagen vieler Akteure spiegeln sich sowohl deontologische als auch teleologische Perspektiven wider – und beide geben Hinweise darauf, ab wann von politischem oder ‚nur‘ von ethischem Handeln gesprochen werden kann.⁶⁷ Zur deontologischen Perspektive lässt sich sagen, dass einige der Befragten ihre Arbeitsformen unabhängig von den Folgen als sozialverantwortlich oder politisch verstehen – und damit gesellschaftliche Verantwortung⁶⁸ an den Wert der Arbeit binden. Somit stellt „Verantwortung“ keinen „*in vivo code*“ (Strauss/Corbin 1996: 64) im Sinne der Grounded Theory als Selbstzuschreibung dar. Auch appellieren die Befragten im Sinne der Deontologie an eine Art von Selbstverpflichtung anderer Akteure. Zugleich wurden Aussagen getroffen, wonach die Konsequenzen des Handelns in den Vordergrund treten

2013: 45). Vergleichbares gilt für die aristotelische Tugendethik und teleologische Ethik, da Aristoteles sowohl der einen als auch anderen Richtung zugeordnet werden kann (vgl. Hübner 2010b: 16ff.).

- 66 Angemerkt werden muss, dass es zum Konsequentialismus und zur Teleologie unterschiedliche Konzepte gibt. Mal wird die Teleologie, dann der Konsequentialismus der Deontologie entgegengesetzt. An anderer Stelle gilt die Teleologie, dann der Konsequentialismus als übergeordnet. So sind im Konzept von Fenner beispielsweise teleologische Perspektiven grundsätzlich konsequentialistisch, weil „das außermoralisch Gute als Handlungsziel immer auch eine beabsichtigte Handlungsfolge darstellt“ (Fenner 2020: 166). Umgekehrt sind konsequentialistische Perspektiven damit nicht gleich teleologisch. So ist die Erfolgsethik etwa Teil des Konsequentialismus, sie wird aber nicht der teleologischen Ethik zugerechnet. Das ist auch ein Grund dafür, warum politisches Handeln oft von teleologischen Perspektiven geschieden wird – weil man einer möglichen Instrumentalisierung durch fremde Zwecke begegnen will. Fenner spricht beispielsweise von der Gefahr der „Instrumentalisierung“ durch die „Steigerung des Gesamtnutzens“ (ebd.: 168).
- 67 Mir ist bewusst, dass eine solche Kategorisierung auf Kritik stoßen kann oder wird. Denn zum einen ist die Gegenüberstellung von Ethisch-deontologisch und Ethisch-teleologisch prototypisch. Das gilt schon in Bezug auf die in der Ethik zu unterscheidenden drei Haupttypen, der Tugendethik, Deontologie und Teleologie (vgl. Hübner 2010b: 17; Fenner 2020: 161ff.) – erstere zielt auf die Motivation von Handlungen ab, zweitere auf die Handlung selbst, die dritte rückt die Konsequenzen ins Zentrum. Zum anderen sind die Übergänge zwischen den Ethiktypen fließend bzw. nicht klar abgrenzbar. Wie Dietmar Hübner darlegt, könnte sich auch ein Deontologe „für die Motivation und die Konsequenzen von Handlungen interessieren. Und ein Teleologe kann in sein Urteil mit einbeziehen, aus welcher Motivation heraus und aus welcher Handlung her gewisse Effekte entstehen“. Letztlich geht es darum, „auf welcher Komponente der *primäre* Fokus der Beurteilung liegt“ (Hübner 2010b: 17, H. i. O.).
- 68 Nach Otfried Höffe geht es beim Verantwortungsbegriff um vier Dimensionen: erstmals um das Verantwortungssubjekt, zweitens um das Verantwortungsobjekt. Drittens stellt sich die Frage, wem man gegenüber verantwortlich ist und viertens geht es um mögliche Verantwortungsinstanzen, also darum, wovor sich das Subjekt verantwortet (siehe zum Verantwortungsbegriff auch Höffe 1993b: 23; Heidbrink 2010: 3; Carnau 2011: 82 oder Gebauer/Schirmer 2013: 110).

– wenn beispielsweise betont wurde, dass ein entsprechendes Nichthandeln Konsequenzen für Mensch und Umwelt habe und es dafür verbesserte Rahmenbedingungen braucht.⁶⁹ Diese Sichtweisen, und entsprechende Forderungen, die daraus resultieren, lassen sich als deontologische und konsequentialistische verstehen, weil sie sowohl an die Selbstverpflichtung des Einzelnen appellieren als auch die Folgen von Handlung hervorheben.

Ab wann kann dann aber von politischem Handeln gesprochen werden? Und ab wann wird ethisches Handeln politisch bzw. ab wann hat ethisches Handeln eine politische Dimension? Ergebnis dieser Studie ist, dass politische Zielsetzungen ethische Grundsätze in einem komplementären Wechselseitigkeitsverständnis der deontologischen und teleologischen Perspektive voraussetzen und vereinen – und ein Teil der Befragten darauf basierend politische Forderungen stellt. Das heißt: Das Ethische geht dem Politischen voraus, das Ethische muss nicht politisch sein. Das zieht zunächst die Klärung des Verhältnisses von Ethik und Politik nach sich, da bei einem Teil der Wissenschaft – so etwa bei Aristoteles, Mengue oder Foucault – das Ethische dem Politischen vorverlagert ist.⁷⁰ Bei einem anderen Teil der Forschung – so etwa bei Derrida – wird das Politische wiederum vom Ethischen getrennt, um das Konflikthaftseiner Allgemeingültigkeit, die das Ethos repräsentiert, entgegenzustellen.⁷¹ Grundsätzlich ist eine „Ethik der Politik“ (Sutor 1997) auf keine Demokratieperspektive reduzierbar. Sie findet sich in sämtlichen Politikkonzepten und -begriffen wieder⁷² – selbst in herrschaftskategorialen. Vor allem ist sich die

- 69 Diese Wechselseitigkeit, das werden die Fallbeispiele ab Kapitel 6.2 zeigen, zeigt sich darin, dass auf der einen Seite die deontologische Dimension der Gerechtigkeitsethik hervortritt, wenn beispielsweise das Handeln von Großkonzernen etc. kritisiert wird, die man zugleich beeinflussen will – Beeinflussung drückt sich damit in keiner rigorosen Abwehrhaltung aus. Auf der anderen Seite verbindet sich die Deontologie mit einer teleologischen Perspektive – indem man auf die Konsequenzen im Sinne des Nichthandelns oder eines Unterlassens hinweist.
- 70 Während bei Aristoteles das Ethische und Politische eine unzertrennliche Einheit bilden, um zur *Eudaimonia*, des Menschen höchsten Glückes, zu gelangen (vgl. Aristoteles 2018: 1095a, 46ff.), grenzen Mengue und Foucault das Ethische von Moral ab, da letzteres die Allgemeingültigkeit repräsentiert, wogegen das Subjekt opponieren müsse (um als Subjekt frei zu sein). Eine Schnittmenge zeigt sich in dem Punkt, dass sich die Subjekte über das Ethische moralisierenden Regeln widersetzen können – und Ethik folglich eine Kritikform darstellt (siehe zur Diskussion Sarasin 2019: 14f.).
- 71 Im Gegensatz zu Foucault, der das „ethos“ als Subjektivierungsweise der Kritik versteht, wird das „ethos“ bei Derrida zur Verkümmерung des Politischen durch den Anspruch an das gute Leben, das sich nie (für alle) vervollständigen könne (vgl. Derrida 2022 [1991]; siehe auch Liebsch 2010: 100). Das gilt auch für Rancière, für den das Ethische als „ethos“ Einfallstor zur Anpassung an das Bestehende ist, nämlich an die Politik selbst.
- 72 So merkt Bernhard Sutor in Anlehnung an Aristoteles, Machiavelli, Marx/Lenin an, dass alle drei eine „Ethik der Politik“ repräsentieren: Während Aristoteles das Ethische als „gemeinsame Lebensordnung gleicher und freier Bürger“ begreift, gründet es bei Machiavelli in den „Mitteln der Herrschaft über Menschen“. Marx/Lenin wiederum führen Ethik und Politik über die „Entlarvung der Herrschenden“ zusammen (Sutor 1997:17ff.). Folglich sei Politik immer „politische Ethik“ in dem Sinne, dass sich Politik (und entsprechende Repräsentanten) anmaßen, moralisch oder ethisch zu sein – selbst wenn sie nach demokratischen Standpunkten unmoralisch handeln. Ethik ist insgesamt die Reflexion (politischer) Moral (Sitten, Gewohnheiten, Gesetze etc.), die sich keinesfalls auf demokratische Mittel begrenzt.

Forschung bis heute aber in der Frage uneins, ob *Telos*, das Ziel und Zweckgerichtete der teleologischen Ethik, politisch bestimmt wird: Auf der einen Seite gelten teleologische Perspektiven der Ethik im Kontext politischer Fragestellungen als relevant, weil sie auf die Folgen von Handlungen verweisen (vgl. Carnau 2011: 112)⁷³ – teleologische Ansätze haben aufgrund ihrer „Ziel- und Folgenorientierung [...]“ große Bedeutung für politische Entscheidungen und Handlungen“ (ebd.). Auf der anderen Seite wird im politisch-philosophischen Diskurs das Handeln von *Telos*, von konsequenzalistischen Perspektiven, geschieden (vgl. Thaa 2011: 95), um das Politische von Fremdbestimmungen loszusagen (siehe dazu das Kapitel 4.1.2).⁷⁴

Ergebnis dieser Studie ist, dass sich das Arbeitshandeln vieler Akteure an Fragen planetarischer Grenzen und neuer Sozialverantwortlichkeit orientiert – und sich darüber deontologische und teleologische Dimensionen der Ethik wechselseitig verzahnen. Damit lassen sich die Aussagen der Akteure zugleich auf einen erweiterten Politikbegriff beziehen, der ethische Grundsatzfragen zur Voraussetzung hat – was nicht grundsätzlich gilt, in dieser Studie aber der Fall ist: Das Politische verkörpert sich im Moralisch-Ethischen. Das Ethische drückt sich in der Einhaltung sozialverantwortlicher Arbeitskonzepte aus⁷⁵ – ins Zentrum rücken sowohl deontologische Handlungsmuster als auch die Konsequenzen im Sinne der Teleologie. Beides wurde in dieser Studie über die Kategorie *Einfluss und Beeinflussung* geltend gemacht.

Genau an dieser Stelle lässt sich dann auch von politischem Handeln sprechen, wenn, wie im letzten Kapitel dargelegt, die Handlungen auf „Regelungen des Zusammenlebens“ abzielen, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen“ (Meyer 2006: 47) – und darauf basierend politische Forderungen gestellt werden. Im Umkehrschluss muss ethisches Handeln aber nicht, wie angedeutet, politisch sein. So möchten viele Akteure Standards setzen, die auf ökologische und soziale Verantwortung abzielen. Als politisch begreift man sich damit noch lange nicht. Auf der einen Seite halten sich viele der *produktionsorientierten* (und in Teilen auch die *ethischen*) Herstellertypen für gänzlich unpolitisch oder sind wenig an Politik interessiert. Auf der anderen Seite heißt das nicht, dass sie nicht doch politische Prozesse anstoßen (können), wenn ihre Handlungen von

⁷³ Das gilt natürlich eingeschränkt, weil der Praxisbegriff, und damit das Politische im Verständnis Hannah Arendts, eine teleologische Perspektive in vielerlei Hinsicht ausschließt – nämlich dann, wenn sich *Telos* auf Rationalisierung und Verzweckung bezieht. Bei Habermas wiederum steht *Telos* für erfolgsorientiertes Handeln, das von politisch kommunikativem Handeln getrennt bleibt (vgl. Habermas 1987: 131ff.; siehe auch Joas 1996: 220). Eine andere Perspektive bietet Hans Jonas, bei dem *Telos* im Sinne einer ethisch-teleologischen Zukunftsperspektive zum Verantwortungshandeln wird (vgl. Jonas 2020: 168).

⁷⁴ Diese Perspektive geht, wie im Kapitel 4.1.2 dargelegt, auf die Aristotelische Unterscheidung von *Praxis* und *Poiesis* zurück (vgl. Aristoteles 2018 [1837]). Danach begründet sich das Ziel entweder in der Handlung (*Praxis*) oder außerhalb des Handelns durch einen Zweck (*Poiesis*) (siehe dazu auch Höffe 1993a: 19 oder Sagou 2009: 58) – letzteres wäre beispielsweise der Fall bei der Herstellung eines Produkts.

⁷⁵ Der Unterschied von Moral und Ethik liegt, verkürzt, darin, dass Moral die „Gesamtheit der Normen, Werte und Ideale für eine umfassende Orientierung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens“ darstellt (Fenner 2020: 12), während die Ethik die Theorie zur Moral ist (siehe dazu auch De La Vega 1985: 10ff. oder Sutor 1997: 10).

Außenstehenden als politisch verstanden werden. Zu politischem Handeln wird ethisches Handeln allerdings erst, wenn es auf die Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen abzielt – oder umgekehrt, wenn sich die „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes“ (Buchstein 2012: 18) auf die Herstellung und Durchsetzung einer Ordnung bezieht. Im Sinne der Ethik geht es damit, wie Bernhard Sutor zum Begriff der politischen Ethik anmerkt, um die Frage nach der „gute[n] Ordnung“ (Sutor 1997: 30), und das heißt: Während ethisches Handeln auf die Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen abzielen muss, um von politischem Handeln im Sinne der Ethik zu sprechen, und das gilt nicht generalisierend, sondern nur für diese Studie, muss sich politisches Handeln auf moralisch-ethische Grundsatzfragen beziehen, um von ethisch-politischem Handeln sprechen zu können.

In der Konsequenz bedeutet das, dass die deontologische und teleologische ethische Dimension den *ethischen* zum *politischen Produktionstyp* erklärt. Nicht zuletzt ist ethisches Handeln immer auch dann politisch, wenn es sich in Anlehnung an Peter Fischer als angewandte Ethik operationalisieren lassen kann (Fischer 2006: 30): Angewandte Ethik umfasst nach Fischer „alle auf unterschiedlichen Ebenen stattfindenden Bemühungen, jene Probleme zu lösen, die sich bei der Anwendung der Moralprinzipien und der Durchsetzung moralischer Normen ergeben“ (ebd.).⁷⁶ Allerdings stehen in diesen Ansätzen meist die Institutionen im Sinne einer „Institutionenethik“ im Vordergrund, über die „überindividuelle Programme und Ziele“ (*policy*) in einer „vorgegebenen Ordnung“ (*polity*) gegenständlich werden (Sutor 1997: 27ff.).⁷⁷ In dieser Studie steht der individuelle Akteur im Mittelpunkt, wenn auch keine „Individualethik“ als Frage nach dem Glück des Einzelnen (vgl. Fenner 2020: 22; Fischer 2006: 25).⁷⁸ Ins Zentrum rücken ökologische und soziale Fragestellungen im Sinne der globalen Verantwortung. Wie und in welcher Form dann von einem politischen Akteur gesprochen werden kann, soll der folgende Abschnitt klären. Im Anschluss daran wird die entsprechende Typenbildung vorgenommen.

76 Fischer spricht von „angewandter Ethik als verantwortungsethischer Politik“ (Fischer 2006: 30) und führt vier Ebenen an: die systematische, hermeneutische, weltanschauliche und politisch-ökonomische. Nach Fischer müssen diese Ebenen gewährleistend sein, um von politischer Ethik sprechen zu können. Dem ist hinzuzufügen, dass die politische Ethik in der Regel an die Systemebene adressiert ist: Sie fragt nach den ethischen Prinzipien des staatlichen Handelns. Sutor zufolge brauche die politische Ethik damit ganz klare „verlässliche Regeln für Willensbildung und stellvertretendes Handeln“ (Sutor 1997: 42).

77 Sutor versteht politisches Handeln als „vermittelte Interaktion“, sobald wir „die Kleingruppe“ durch „vorgegebene Regeln und [...] repräsentative Akteure“ verlassen (Sutor 1997: 29).

78 Das liegt u.a. daran, dass man von einer Generalisierbarkeit individueller Verantwortung im Kontext des Politischen grundsätzlich absieht – und damit auf ein Regelwerk zurückgreift, das, im politischen Sinne, institutionell organisiert und gewährleistet sein müsse, um ethische Standards zu garantieren.

6.1.8 Ab wann kann von einem politischen Akteur gesprochen werden?

Im Folgenden werden Kriterien entwickelt, worauf sich bezogen ein *politischer Akteur* bestimmen lässt. Diese Eingruppierung ist rein normativ. Sie ist als keine Generalisierung zu verstehen. Die Kategorien, die im Folgenden erarbeitet werden, sollen als Vorschläge verstanden werden (auch für mögliche Folgestudien), ab wann von einem *politischen Akteur* gesprochen werden kann. Zum einen werden dazu die normativen Zielsetzungen der Akteure einer Bewertung unterzogen, die die jeweilige Handlungsmotivation erklären. Zum anderen werden Umsetzungsprozesse als Kriterien berücksichtigt, und die Erkenntnisse dazu konnten durch die Interviews, teils durch teilnehmende Beobachtungen gewonnen werden. In der Summe lassen sich dazu neben ethisch-ökologischen und fair-sozialen Kriterien vor allem demokratieerzeugende und gemeinwohlorientierte Aspekte berücksichtigen – und darüber kann wiederum der *ethische* vom *politischen Herstellertyp* abgegrenzt werden, wobei die Übergänge fließend sind. Auch könnte man – je nachdem, was man als politisch versteht – bereits den *ethischen Herstellertyp*⁷⁹ als *politischen* eingruppieren und umgekehrt, den *politischen* als unpolitischen begreifen.

Wie soll ein *politischer Akteur* im Folgenden bestimmt werden? Ein *politischer Herstellertyp* wird aufbauend auf der Definition von politischem Handeln (Proto-Politics versus Subpolitik) folgendermaßen verstanden, bzw. müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein, um von einem *politischen Akteur* sprechen zu können:

1. Die Akteure formulieren übergeordnete gesellschaftspolitische Ziele über ihr Arbeitshandeln. Die Handlung selbst lässt sich unabhängig von den Handlungskonsequenzen als politisch verstehen (die sogenannte deontologische ethische Perspektive einer sozialen Handlung).
2. Die Folgen und Konsequenzen der Handlung werden von den Herstellenden antizipiert (die teleologische ethische Perspektive des Handelns).
3. Ziel ist die Beeinflussung anderer über soziales Handeln, das mindestens auf „Regelungen des Zusammenlebens“ abzielt, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen“ (Meyer 2006: 47). Das Handeln kann zusätzlich auf die Durchsetzung

79 Der Begriff der Ethik ist an dieser Stelle erkläruungsbedürftig, weil er nicht nur zwischen deskriptiver (beschreibender) Ethik, normativer (wertender) Ethik und der Metaethik (Wissenschaftstheorie der Ethik) differiert (vgl. Fenner 2020: 16ff.). Er spaltet sich auch sowohl in den Bereich der begründungs- und anwendungsorientierten Ethik als auch in den der Individual- als Strebensethik sowie in die Sozial- als Sollensethik (ebd.: 22ff.) – erstere, die Individual-/Strebensethik, fragt nach dem individuellen Glück des Einzelnen, zweitere, die Sozial-/Sollensethik, stellt die Interessen der Gemeinschaft heraus, woraus sich „verbindliche Sollensforderungen wie Verbote und Gebote“ ergeben (ebd.: 23), wenngleich auch die Strebensethik eine Form der gesellschaftlichen Verantwortung sein kann. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass sich bereits bei den *produktionsorientierten* Typen ethische Motive erkennen lassen, wenn man Ziele des individuellen Glücks als ethische Dimension der Individualethik heranzieht. Ethik soll in dieser Studie aber als Form eines gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins verstanden werden, und hier zeigt sich, dass nur ein Teil der Befragten verbindliche Sollensforderungen aus dem Handeln ableitet – diese Typen wurden als die *ethischen* begriffen. Bei einem anderen Teil wiederum werden zusätzlich politische Forderungen gestellt – diese Typen wurden als die *politischen* klassifiziert.

kollektiv verbindlicher Entscheidungen hinwirken (Proto-Politics), wobei letzteres keine Voraussetzung ist.

Das heißt, dass die politische Intention und eine entsprechende Interessenartikulation nicht zwingend sind, um die Handlung als politisch zu verstehen. Ergebnis dieser Studie ist aber, dass beides mit den oben genannten Kriterien korrespondiert. Auch können Selbstzuschreibungen das Resultat von Selbstbildern sein, die nicht der Wirklichkeit entsprechen (vgl. Voswinkel 2011: 51ff.).⁸⁰ Gerade Themenfelder und Schlagworte wie ‚Do it Yourself‘, ‚Selbermachen‘ oder ‚kreative Arbeit‘ sind im Zuge medialer „framing-Effekte“ (Gabriel et al. 2020: 26, H. i. O.) hochgradig gesellschaftspolitisch aufgeladen. Schon darum sind die Selbstordnungen der Akteure nicht freizusprechen von geführten Diskursen, die ideelle Selbstbilder erzeugen (können). Darum ist die folgende Einordnung zum politischen Akteur auch als Konstruktion eines „Idealtypus“ nach Max Weber zu verstehen (Weber 1988: 194; vgl. Blatter et al. 2007: 41; Kluge 1999: 68ff.), die in der Praxis Abweichungen zeigen wird.

Im nächsten Schritt werden dazu die empirischen Ergebnisse vorgestellt. Dazu werden zunächst die zentralen Kategorien und im Anschluss die Typen der Untersuchung präsentiert. Darauf aufbauend werden konkrete Fallbeispiele einzelner Produktionstypen dargestellt. Die Namen der Akteure wurden, wie eingangs angeführt, genauso anonymisiert wie Projekttitel oder Namen von Produkten, die auf Akteure und ihre Arbeitsformen schließen lassen. Zu beachten ist überdies, dass bei den folgenden Fallbeispielen nicht mehr alle entwickelten Kategorien aufgeführt sind und mit Aussagen aus dem Datenmaterial erläutert werden. Es werden nur noch die Kategorien beschrieben, die den jeweiligen Fall charakterisieren und Antworten auf die forschungsleitenden Fragen geben.

6.2 Typen, Typologien, Fallbeispiele

Wie wurden aus der Typusbildung Typologien entwickelt? Und wie konnte daraus eine zentrale Typologie herausgearbeitet werden? Wie im Kapitel 6.1.4 dargelegt, lassen sich Typologien – im Gegensatz zum „Typ“ – als das „Ergebnis eines Gruppierungsprozesses“ verstehen, „bei dem jene Objekte eines Untersuchungsbereiches zu Typen zusammengefasst werden, die sich hinsichtlich einer oder mehrerer Merkmalsausprägungen besonders ähneln“ (Kluge 1999: 42). Im Gegensatz zum Typ geht es damit um keine interne Homogenität, sondern um die „externe Heterogenität zwischen den Typen“ (ebd.: 30).⁸¹ Dazu konnten die drei angeführten Typen, der *produktionsorientierte*, *ethische* und *politische*

-
- 80 So kam es im Forschungsverlauf zum Beispiel in wenigen Fällen vor, dass Akteure sich oder ihre Arbeit als politisch verstehen, die Auswertung des Datenmaterials jedoch ergab, die interviewte Person als keinen politischen Akteur aufgrund getroffener Aussagen und der oben angeführten Kriterien einzugruppieren.
- 81 Typologien lassen sich sowohl durch einzelne Merkmale von Typen als auch durch die Zusammenführung und Kombination verschiedenster Merkmale bilden. Wie bereits dargelegt, spricht die qualitative Sozialforschung darum von *eindimensionalen* und *mehrdimensionalen* Typologien (vgl. Kelle/Kluge 2010: 87). Typologien können die Grundlage für die anschließende Theoriebildung bil-